

gratis!

# revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 95

Juni/Juli/August 2019



**„Volksbedarf statt Luxusbedarf“ (1928)**

# INHALT

Klimanotstand (Climate Emergency)	
Gibt es eine Mehrheit im Rat?	3
Fridays for Future fordert Nettonull 2035	4
Neubau - Nach uns die Sintflut – oder was?	5
„Ausreichend“ im Fahrradklima-Test	6
Critical Mass – es gilt die StVO	7
Ostumgehung wieder ausgebremst	
Schnappatmung bei der Generation Autobahn	8
Gutachten zum sozialer Wohnungsbau	
230 preiswerte Wohnungen bis 2030	10
Kreisverwaltung verhält sich rechtswidrig	
Beschiss bei Kosten der Unterkunft	11
Meldungen	14
Laternen: Für das Staatsgeld zählen Stimmen	16
Otto Haesler als Bauhaus-Architekt (3)	
„Waacksche Wohngruppe“ - Schackstraße	18
Katt Both – eine Bauhäuslerin in Celle	20
Kunststoffmüll - Sind die Verbraucher schuld?	22
Mai-Kundgebung - „Miethaie zu Fischstäbchen“	23
Zu Besuch in Europas Fahrradstadt Nummer 1	
Copenhagenize Celle !!	25
„Haesler, für ein neues Celle“ (Theater)	27
Keyboard - Power - Rockblues – Ekstase	28
Keine Panzer und Kanonen Richtung Osten	29
Klaus Jordan zu Legenden über die Rosinenbomber	30
Demo in Eschede / Lindhorst & Wolfsangeln	32
Gebietsspielschar Celle – Wollten sie nur spielen?	33



Hallo werte Leser\*innenschaft,

in diesem Sommer lohnt sich in CE-Town tatsächlich die Beschäftigung mit Haesler, Architektur & Bauhaus. Das meiste, was unterschiedliche Akteure präsentieren, ist gelungen. Dass nebenbei die Haesler-Bauten hier und da verrotten, ist ein anderes Thema. - Auf unserm Titel ist die erste Bauhäuslerin, die in Celle gearbeitet hat: Katt Both. Seit 1929 arbeitete sie im Büro von Haesler. Sie hat in Dessau noch den Direktor Hannes Meyer kennengelernt, von dem das Zitat auf dem Titel stammt – und der inhaltlich vielleicht dir größte Nähe zu Haesler hatte.

Das daneben wichtigste gesellschaftliche Ereignis ist aber die 5. revista-MINIGOLF-OPEN, die am Freitag, 12. Juli, um 16 Uhr auf der Anlage an der 77er Straße startet. Wir haben die Zusagen (fast) aller Sieger\*innen der vergangenen Turniere. Da das Turnier ja auch einen Charity-Charakter hat, wird wie immer ein Startgeld von 10 Euro erhoben.

Es hat sich eingebürgert, dass wir uns an dieser Stelle bei den Spender\*innen bedanken. Ein besonderer Dank geht diesmal nach Potsdam für die nicht unerhebliche Barspende in kleinen Scheinen.

Der Redaktionsschluss für die Septemerausgabe ist der 2. August; für Termine der 9. August.

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 3166, 29221 Celle  
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>  
 erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,  
 kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)  
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Morlock

## Klimanotstand – gibt es eine Mehrheit im Rat?



Der Rat der Stadt Celle erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.

Weiter erkennt der Rat der Stadt Celle an, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

Der Rat berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen, und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Hierzu wird für sämtliche politische Beschlussvorlagen ab Juni 2019 das Kästchen „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ mit den Auswahlmöglichkeiten „Ja, positiv“, „Ja, negativ“ und „Nein“ verpflichtender Bestandteil. Wird die Frage mit „Ja, positiv“ oder „Ja, negativ“ beantwortet, muss die jeweilige Auswirkung in Zusammenarbeit mit dem Klimaschutzbeauftragten in der Begründung dargestellt werden.

Der Rat der Stadt Celle fordert den Oberbürgermeister auf, dem Stadtrat und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten.

Der Rat der Stadt Celle fordert auch andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland auf, dem Vorbild zu folgen und den Klimanotstand auszurufen. Insbesondere macht er Land und Bund darauf aufmerksam, dass ein vollständiges Einhalten der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch nicht möglich ist.

Erst ein vollständiger Abbau weiterhin bestehender Subventionen für fossile Energieträger, eine sozial gerecht ausgestaltete CO<sub>2</sub>-Bepreisung, eine grundlegend veränderte Verkehrspolitik und eine klimaschutzkonforme Förderung des sozialen Wohnungsbaus würden hier das dringend benötigte Fundament legen.

Abschließend fordert der Rat der Stadt Celle auch die städtischen Beteiligungen und Tochterunternehmen dazu auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen und dem Gemeinderat dazu vor Jahresende Bericht zu erstatten.

Einen Tag, nachdem das Londoner Unterhaus am 1. Mai für ganz Großbritannien den Klimanotstand beschlossen hatte, stimmte der Stadtrat in Konstanz einstimmig für eine Resolution, die ebenfalls den Klimanotstand ausrief. „Getrieben“ sahen sie sich in beiden Fällen von der Klimabewegung. In London hatte die Klimaschutzbewegung Extinction Rebellion (XR) mit Straßenblockaden das Thema auf die Titelseiten der Zeitungen gebracht. In Deutschland hat sich das politische Klima mit der „Fridays4Future“-Bewegung gedreht. Und die war in der Stadt am Bodensee Initiatorin der Resolution. Und ähnliche Beschlussvorlagen dürften demnächst landauf, landab auf den Tagesordnungen der Städte und Gemeinden stehen.

In Celle war die SPD mal am schnellsten. Per Copy & Paste (siehe links) brachte sie die Konstanzer Resolution auf die Tagesordnung des Stadtrates. Abgestimmt wird am Donnerstag, den 27. Juni – also noch kurz vor den Sommerferien. Es könnte eine strittige Entscheidung werden. Entscheidend ist die CDU-Ratsfraktion, die aber gerade in der letzten Ratssitzung dafür gesorgt hat, die Klimaschutzförderung faktisch zusammenzukürzen. Und auch wenn die Resolution nicht wirklich Klimaschutzmaßnahmen in Kraft setzt - sich für eine „grundlegend veränderte Verkehrspolitik“ einzusetzen, dürfte der CDU schwer fallen. Denn die wäre das Gegenteil von Forderungen nach Ostumgehung und gegenläufigem Nordwall (übrigens insoweit auch seitens der SPD-Ratsfraktion einigermaßen schizo). Was tatsächlich im Ratsalltag auch nerven würde, sind die Kästchen. Denn würde es Ernst genommen, gäbe es erstmal fast nichts, das nicht negative Auswirkungen auf den Klimaschutz hat. Selbstverständlich müsste sich dann der Oberbürgermeister und seine kleine Delegation nicht nur von Bürger Müller fragen lassen, warum der Besuch der Partnerstadt Meudon denn nicht auch mit der Bahn geht und unbedingt geflogen werden muss.

Sollte sich in Celle eine Mehrheit finden, wäre die Stadt Teil einer weltweiten Bewegung: Unter der Überschrift „Climate Emergency“ – so der englische Begriff – haben über 450 Kommunen bis heute ähnlicher Resolution verabschiedet; als Vorreiterinnen vertreten sie mehr als 40 Millionen Menschen.



## Fridays for Future: Nettonull 2035

Dass eine öko-soziale Bewegung ihr Thema zum Thema Nummer 1 der öffentlichen Diskussion machen kann, war in Deutschland bisher eigentlich nur möglich, wenn Bauplätze besetzt wurden oder Steine flogen. „Fridays for Future“ (F4F) hat's ganz ohne dies geschafft.

In Celle gab's im April und Mai erneut größere Aktionen. In den Osterferien kamen rund 250 Leute zu einer Demonstration und konterten so nebenbei die Stimmungsmache, die Schüler\*innen hätten eigentlich nur Gefallen am Schwänzen. Und auch die „Meinung“, die Bewegung sei eher unpolitisch und konfliktscheu, wurde widerlegt.

Als in der CongressUnion die Frühjahrstagung der Deutschen Wissenschaftlichen Gesellschaft für Erdöl, Erdgas und Kohle (DGMK) stattfand, kamen auf den Aufruf der Celler Fridays-Gruppe hin rund 300 zumeist junge Menschen. Hier zeigte sich, dass die junge Bewegung schon gut vernetzt ist: Es waren auch Fridays-Gruppen aus Uelzen, Peine und Hannover dabei.

Die Aktion selbst – nämlich eine Art Umzingelung des Tagungszentrums – war gut gewählt, weil sie den Konflikt klar abbildet, aber gleichzeitig absolut anschlussfähig war. Äußerst sympathisch fanden wir (jetzt als Zeitung) auch, dass die Abschlusskundgebung im Schlosspark stattfand – also in angenehmer Umgebung und mit dem Zweck die demonstrierenden nochmal zusammenzuführen und für Weiteres zu motivieren.



Erstaunlicherweise waren die Vertreter\*innen der Fossilien auch ohne inhaltliche Kampagne in der Defensive und boten „Gespräche“ an, wo sie vor kurzem außer ostentativer Verachtung höchstens noch den Spruch parat gehabt hätte, man solle erstmal Arbeiten gehen.

Das Ganze funktioniert so gut, weil die Eltern- und Großeltern nicht wirklich ein Argument haben, gegen die Behauptung, sie hätten ihren Kindern und Enkeln die Zukunft geklaut.

Und aus einer Mischung von schlechtem Gewissen und Public Relations will sich fast jede gesellschaftliche Gruppe mit F4F schmücken; fast alle bieten den Sprecher\*innen der Bewegung ein Podium – für Celler Aktivist\*innen zum Beispiel die „Pulse of Europe“-Initiative oder die Synode der Landeskirche Hannover.

Die Frage ist, ob sich aus dieser Umarmung über kurz oder lang eine Vereinnahmung entwickeln kann. Der politische Forderungskatalog den die Bewegung aufgestellt hat, sollte eigentlich dagegen ein Bollwerk bilden; wir zitieren einige Passagen:

*„Die Klimakrise stellt für die Stabilität der Ökosysteme unseres Planeten und für Millionen von Menschen eine existenzielle Bedrohung dar. [...] Fridays For Future fordert die Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und des 1,5°C-Ziels. Explizit fordern wir für Deutschland: Nettonull 2035 erreichen, Kohleausstieg bis 2030, 100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035. Entscheidend für die Einhaltung des 1,5°C-Ziels ist, die Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich stark zu reduzieren. Deshalb fordern wir bis Ende 2019: Das Ende der Subventionen für fossile Energieträger. 1/4 der Kohlekraft abschalten. Eine Steuer auf alle Treibhausgasemissionen. Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss schnell so hoch werden wie die Kosten, die dadurch uns und zukünftigen Generationen entstehen. Laut UBA sind das 180 € pro Tonne CO<sub>2</sub>.“*

Nichts davon ist aktuell kompatibel mit den Programmen von Parteien, oder gesellschaftlichen Großgruppen wie Gewerkschaften oder Kirchen.

## Nach uns die Sintflut – oder was?

Eins seiner Wahlversprechen hat OB Nigge schnell in Angriff genommen und durchgesetzt: die Bereitstellung von Neubaugebieten. Anfang April wurde mit großer Mehrheit der Bebauungsplan „Wohngebiet Im Tale“ verabschiedet. Dagegen stimmten nur die Ratsmitglieder von Bündnis '90/Die Grünen und Die Linke/BSG. Für letztere begründete Oliver Müller die Ablehnung so:

„Unsere Skepsis gegenüber Neubaugebieten in der Stadt Celle habe ich schon öfters vorgetragen. Aber wenn schon gebaut wird, dann sollte das immer auch etwas mit Zukunft zu tun haben. Hat es auch vielerorts. Nur Celle ist leider eine Ausnahme. - Warum?

So wie das Baugebiet „Im Tale“ hier geplant wird, hätte es auch vor 15 Jahren oder vor 30 Jahren geplant werden können. Unter Klimaschutzgesichtspunkten könnte man sagen: „Nach uns die Sintflut“. [...]

Worum geht es eigentlich? Ich zitiere mal aus einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik:

„Bei der Entwicklung neuer Baugebiete geht es in energetischer Hinsicht im Kern um zwei Ziele: [Erstens:] Minimierung des Wärmebedarfs von Gebäuden insbesondere durch

- kompakte Bauweise,
- technische Vorkehrungen gegen Wärmeverluste (Wärmedämmung) [...],
- eine auf eine optimale passive Nutzung von Sonneneinstrahlungen ausgerichtete Stellung der Baukörper sowie
- die Vermeidung von Verschattung.

[Zweitens:] Möglichst CO<sub>2</sub>-freie Deckung des verbleibenden Wärmeenergiebedarf entweder durch

- die Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien (z.B. Solarthermie, Geothermie etc.),
- CO<sub>2</sub>-minimierte Heizsysteme oder
- durch die Nutzung von Wärmenetzen (Nah- oder Fernwärme aus KWK-Anlagen oder anderen Wärmequellen).“

Machen wir irgendwas davon? Ich habe nichts gefunden. Ein bisschen was davon könnte sogar im Bebauungsplan auftauchen. [...] Viel mehr Möglichkeiten gibt es über die Grundstückskaufverträge. Da lassen sich Bedingungen festschreiben. Das ist der Weg zu Niedrigenergie- oder Passivhäusern deutlich über dem gesetzlich vorgeschriebenen Standard. [...]

Im übrigen werden selbst Hinweise aus dem eigenen Haus nicht ernst genommen. So gab es von der „Untere Wasserbehörde“ den Hinweis auf die Nutzung von Geothermie. Abgetan wird es mit folgenden Sätzen:

„Die Errichtung geothermischer Anlagen ist nicht Bestandteil des Bebauungsplans. Die Erdwärmennutzung obliegt jedem Bauherren selbst“.

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können es uns leider nicht mehr erlauben, dass die Bauherren machen, was sie wollen. Schauen Sie bitte mal in die Studie „Klimaschutz in der verbindlichen Bauleitplanung“, aus der ich zitiert habe. Vielleicht lässt sich ja sogar beim Baugebiet „Im Tale“ noch etwas retten.“



Neubausiedlung Kieferngrund II / Öko - oder was?

In Konsequenz daraus hat die Fraktion Die Linke/BSG einen Antrag gestellt, der darauf abzielt, Stadtrat und Öffentlichkeit endlich einmal über die Möglichkeiten zu informieren:

### Wege aufzeigen zu Klimaschutzsiedlungen

Die Verwaltung erläutert, welche Möglichkeiten es gibt, für die Baugebiete "Im Tale", "Blaues Land" und auf der Allerinsel energetische Vorgaben zu machen, die die gesetzlich vorgeschriebenen Standards der Energieeinsparverordnung (EnEV 2016) übertreffen. Hierbei geht es insbesondere um die Möglichkeiten, die sich auf der Basis städtebaulicher Verträge bzw. Grundstückskaufverträge ergeben. Dabei geht es darum, die geplanten Bauvorhaben als "Klimaschutzsiedlungen" umzusetzen bzw. den Standard der ab 2021 geltenden EU-Richtlinie 2010/31/EU vorwegnehmend vorzuschreiben. [...] Begründung: Zum Erreichen der Klimaschutzziele sind auch die Kommunen gefordert. Der Wohnungsbestand stellt eine besondere Herausforderung dar, die insbesondere aber im Fall von Neubauten dringend den Bau von Niedrigenergie-, Passiv- bzw. Plusenergiehäusern erforderlich macht.

Verkehrswende kann nur gelingen mit dem Fahrrad im Zentrum

## Celle – „Ausreichend“ im Fahrradklima-Test

Mit der Note 3,86 hat sich Celle im aktuellen Fahrradklimatest des ADFC gegenüber 2016 minimal verbessert. Celle liegt damit auf Platz 31 von 106 beteiligten Städten mit Einwohner\*innen-Zahlen zwischen 50.000 und 100.000. Vor zwei Jahren lag die Note noch bei 4,0 und Celle auf Platz 65 von 98 Städten.

Beim Blick auf die insgesamt 27 abgefragten Kriterien gibt es aber keine gravierenden Veränderungen. Die deutlichste Verbesserung gab's in der Frage Abstellanlagen mit einem Plus von 0,5. Insgesamt beteiligten sich in Celle 241 Radfahrer\*innen an der Umfrage.

Die positivsten Einzelergebnisse kamen heraus bei: „Erreichbarkeit Stadtzentrum“ (2,1), „zügiges Radfahren“ (2,6) und „geöffnete Einbahnstraßen in Gegenrichtung“ (2,7). Die schlechtesten Einzelbewertungen gab es für folgende Aspekte: „Führung an Baustellen“ (4,8), „Fahrradmitnahme im ÖV“ (4,7), „Öffentliche Fahrräder“ (4,7), „Breite der Radwege“ (4,6).

Ob die Chefetage im Rathaus sich diese Einzelergebnisse überhaupt anschaut, wissen wir nicht. Aber selbstverständlich könnte man daraus lernen.



Immerhin scheint man jetzt auch in der Kommunalpolitik zu begreifen, dass der Fahrradverkehr in Städten wie Celle die wichtigste Säule einer Verkehrswende wäre – wenn man sie denn will. Anfang Mai verkündeten OB Nigge und Stadtbaurat Kinder eine „Fahrrad-Offensive“.

Für die wirklich nervige Parksituation am Bahnhof soll mit Fördermitteln aus einem Berliner Topf für „Kommunalen Klimaschutz“ eine sogenannte „Doppelstock-Parkanlage“ entstehen. Dort, wo bereits jetzt Fahrradständer zur Verfügung stehen, also hinter dem Taxi-standplatz, wird es künftig Kapazitäten für 326 Zweiräder auf zwei Ebenen geben. Das sind 150 mehr als bisher.

Im Südwall-Parkhaus werden von den Stadtwerken für Fahrradtourist\*innen Abstellplätze mit Fächern zur Gepäckaufbewahrung eingerichtet - alle sind zusätzlich mit E-Ladesäulen ausgestattet.

Weiterführen will man das Aufmalen von Schutzstreifen für Radler\*innen, wie sie unter anderem schon am *Schlossplatz* oder im *Alten Bremer Weg* bestehen. Im Fokus liegt hier besonders die *Wittinger Straße*.

Richtig Großes wurde also nicht verkündet bei dem Pressetermin Anfang Mai. Kein Wunder also, dass es trotz der netten Ideen Kritik hagelte. Die SPD-Ratsfraktion verwies – wie vorher schon Oliver Müller von Die Linke/BSG – darauf, dass die 330.000 Euro, die dieses Jahr für Fahrradverkehr ausgegeben werden sollen, Haushaltsreste aus den Vorjahren seien und der Haushalt dieses Jahr für Fahrradförderung auf Null zusammengesürzt sei. Und sie verwies auf die Pro-Kopf-Ausgaben in Amsterdam von 11 Euro und Kopenhagen von sogar 36,50 Euro. (Zu Kopenhagen siehe den Reisebericht auf den Seiten 25 und 26.) Für die CDU befand der Stadtverbandsvorsitzende Alexander Wille, die SPD betreibe mit dem Pro-Kopf-Vergleich „*Augenwischerei*“.

Der ADFC-Fahrrad-Klimatest zeigt im übrigen ja auch, dass es besser gehen kann. Im Ranking der mit Celle vergleichbaren Städte liegen Bocholt (2,39) und Nordhorn (2,62) vorn – übrigens zwei Städte an der niederländischen Grenze. Wie wäre es, wenn sich der *Celler Ratsausschuss für Umwelt, Verkehr und technische Dienste* mal auf eine Dienstreise dorthin begeben würde?

Im Alltag was absolut Schönes ist die eine öffentliche Luftpumpe, die im Rahmen der „Fahrradoffensive“ am Alten Rathaus installiert wurde. Vielleicht sollte die CRITICAL MASS künftig dort starten.

Die einzelnen Ergebnisse des Fahrradklima-Test finden sich unter:

<https://www.fahrradklima-test.de/>



## Critical Mass – es gilt die StVO

In unserer letzten Ausgabe berichtete ein Aktivist über die Erfahrungen der letzten sechs Jahre CRITICAL MASS in Celle. Unter anderem hieß es, dass „*noch nie Polizei da war*“. Kurz vor dem Start der über vierzig Fahrradfahrer\*innen am 29. März war dann doch ein Einsatzfahrzeug der Polizei vor Ort. Begründet mit der fehlenden Anmeldung einer Versammlung nach dem Niedersächsisches Versammlungsgesetz wollte die Polizei den Start der Fahrradfahrt untersagen. Erst nach langer Diskussion und nachdem eine der Teilnehmerinnen ihre persönlichen Daten an die Polizei übergeben hatte, wurde die Fahrt ohne die „amtliche Genehmigung einer Versammlung“ gestattet.

Dieses bisher einmalige Vorkommnis bietet Anlass für einige grundsätzliche Erläuterungen zur CRITICAL MASS. Das Besondere an CRITICAL MASS ist, dass es keinen eigentlichen Organisator\*innen dahinter gibt. Über das Internet und andere Medien finden die Menschen von selbst zueinander. Beim CRITICAL MASS treffen sich also „zufällig“ Fahrradfahrende, um im Verband durch die jeweilige Stadt zu radeln. Dadurch gilt CRITICAL MASS auch nicht als offizielle Veranstaltung, weshalb keine Genehmigung für diese besondere Form der Teilnahme am Straßenverkehr notwendig ist.

Prinzipiell handelt es sich bei einer CRITICAL MASS um eine gemeinsame Fahrrad-Ausfahrt ohne politische Forderungen. Eine CRITICAL MASS gilt zwar nicht als offizielle Veranstaltung, kann in einigen Fällen aber trotzdem von der Polizei begleitet werden. In diesem Fall müssen die Teilnehmer\*innen auch auf die Anweisungen der Polizei hören.

Unter Einhaltung der Verkehrsregeln wollen wir Präsenz zeigen und die anderen Verkehrsteilnehmer\*innen daran erinnern, dass Fahrradfahrer\*innen einen gleichrangigen Platz im Straßenverkehr verdienen. Es geht also nicht darum, die Straßen bewusst zu verstopfen oder anderen die Teilnahme am Verkehr zu erschweren. Vielmehr soll ein Verantwortungsbewusstsein für die Schäden geschaffen werden, die täglich durch Kraftfahrzeuge entstehen und vermeidbar sind. Werden dabei auch nur eine Handvoll Autofahrer\*innen zum Umdenken bewegt, hat CRITICAL MASS die gewünschte Wirkung erzielt.

Einige Regeln sollten bei der CRITICAL MASS unbedingt eingehalten werden. Zentral ist der § 1, Absatz 2 der StVO: „*Wer am Verkehr teilnimmt hat sich so zu verhalten, dass kein Anderer geschädigt, gefährdet oder mehr, als nach den Umständen unvermeidbar, behindert oder belästigt wird.*“

Andere Verkehrsteilnehmer sollen also nicht daran gehindert werden, sich im Verkehr zu bewegen. Der Grundgedanke des fröhlichen Beisammenseins und der

Einforderung des Rechts, sich mit dem Fahrrad auf der Straße zu bewegen, steht im Vordergrund.

Rechtlich basiert das Ganze auf dem § 27 StVO. In diesem hat der Gesetzgeber Vorschriften für sogenannte Verbände festgelegt: So dürfen mehr als 15 Radfahrer\*innen einen geschlossenen Verband bilden. Dieser erlaubt es, dass die dazugehörigen Personen in Zweierreihen mit ihren Rädern auf der Straße fahren dürfen. Andere Verkehrsteilnehmer\*innen müssen jedoch in der Lage sein, zweifelsfrei den Verband als solchen zu er-



kennen. Die Geschwindigkeit soll moderat sein, damit alle beisammen bleiben können. Das gilt besonders beim Stehen an roten Ampeln und beim Überqueren von Kreuzungen. Schaltet eine Ampel auf Grün, fährt der gesamte Fahrradverband geschlossen über die Straße. Schaltet das Lichtzeichen dabei auf Rot um, wird dabei nicht angehalten.

Dass es keinen offiziellen Organisator gibt, schließt das Streben nach Solidarität und Verantwortung nicht aus. Werden nämlich Regeln der StVO missachtet, droht der oder dem jeweiligen Verbandsführer\*in ein Bußgeldbescheid. So beginnt z.B. das Strafmaß für das Fahren über eine rote Ampel (durch die Verbandsführung) mit 60 Euro und kann im Höchstfall (Unfall/Sachbeschädigung) bis zu 180 Euro kosten.

Es sollte sich die Verbandsführung deshalb auch nicht dazu verleiten lassen, die vielen Kreisverkehre in Celle durch mehrere Umkreisungen mit dem Verband für die anderen Verkehrsteilnehmer\*innen zu sperren.

Bei CRITICAL MASS geht es um die Anerkennung der gleichberechtigten Verkehrsteilnahme von Fahrradfahrer\*innen. Da heißt es, friedlich zu bleiben und weder zu provozieren, noch sich provozieren zu lassen. Und selbstverständlich Spaß zu haben.



„Die Kläger vergreifen sich an der Zukunft unserer Stadt.“

„Ich stehe klar bei der übergroßen Mehrheit der Menschen, die für den Weiterbau der Ostumgehung Celle sind.“

Henning Otte, MdB CDU  
stv. Landrat Landkr. Celle  
Rüstungslobbyist

# Schnappatmung bei der Generation Autobahn

Mit unbewiesenen Behauptungen wiederholt die Generation Autobahn seit Jahrzehnten die immer selben Prophezeiungen, dass ohne die Ostumgehung die Stadt Celle dem Untergang geweiht sei. Seit den 1960er Jahren soll dieses gigantische Verkehrsprojekt ausgerechnet im Osten der Stadt die geschützte Allerniederung durchschlagen. Verantwortungslos wurde bereits fünf Jahre nach der ersten gerichtlichen Niederlage (1984) die erneute Ostumgehungsplanung vorangetrieben. Kleinteilige Lösungsansätze zur Entlastung der Durchgangsverkehre in Altencelle und Altenhagen wurden gar nicht erst angedacht, denn dafür hätte die Stadt Celle eigene Haushaltsmittel aufbringen müssen. Man wollte lieber das ganz große Rad drehen und dafür das Land und den Bund zur Kasse bitten.

Auch als 1999 die Allerniederung in das europäische Naturschutzprogramm „Flora-Fauna-Habitat“ (FFH) aufgenommen wurde, beharrte man auf die Planung der Ostumgehung durch dieses Naturschutzgebiet.

Im Urteil von 1984 wurden u.a. die von den Planern prognostizierten Verkehrsberechnungen angezweifelt.

Nun wurde eine neue Strategie entwickelt, um bei einer weiteren Berechnungsüberprüfung bestehen zu können. Einerseits ließ sich das Projekt Ostumgehung nur als vollständige östliche Umrundung (bis Groß Hehlen und zur Anbindung der Westtangente) als sinnvoll begründen. Andererseits würde Land und Bund keine finanziellen Mittel für ein Projekt bereitstellen, das wegen der Rechtsunsicherheit im FFH-Gebiet evtl. unbebaubar bliebe. Hinterlistig unterteilte man die Planung in fünf Einzelabschnitte. Als erster Abschnitt wurde der Süden (Ehlershausen bis zu WALLACH) herangezogen. Hätte

man zuerst den nördlichen Abschnitt von Groß Hehlen bis zur Westtangente gewählt, wäre dadurch eine „kleine“ Westumgehung entstanden, die eine Ostumgehung jedoch überflüssig gemacht hätte. Gerade Jörg Bode (FDP) hat in seiner Amtszeit als nieders. Verkehrsminister (2009-2013) einen Baubeginn am nördlichen, fünften Abschnitt immer wieder abgelehnt.

Doch auch für den Südabschnitt wollte das Land 2005 keine Mittel für den Baubeginn bereitstellen. Erst nachdem Stadt und Landkreis Celle acht Millionen Euro Kredit aufnahmen, konnte der Bau beginnen. Dazu der damalige OB Biermann (CZ, 07.07.2005): „Dabei ist allen klar, dass dieses Geld keinesfalls übrig ist, sondern erst beschafft werden muss. Diese Kredite wirken sich zwangsläufig auf kommende Haushalte aus. Dann muss man sehen, ob an anderer Stelle gespart werden kann.“ Mit dem acht Millionen Kredit war nun endlich der Weg frei für die Enteignung (Artikel 14 GG: „zum Wohle der Allgemeinheit“) von Grundstücksbesitzern des geplanten Südabschnitts, und der erste Spatenstich wurde 2007 gesetzt.

Auch der zweite Bauabschnitt wurde auf diese Weise durchgesetzt und endete 2013 in Altencelle an der B214. Damit hatten die Planer endlich das Verkehrschaos erzeugt, das den Druck auf die Gegner der Ostumgehung erheblich anschwellen lassen sollte. 2016 wird die Ostumgehungsplanung in den „Bundesverkehrswegeplan 2030“ aufgenommen:

„Das Projekt ist aufgrund des hohen Nutzen-Kosten-Verhältnisses vordringlich. Es erfolgt eine Einstufung in den Vordringlichen Bedarf (VB).“ Diese Einstufung (VB) gelingt nur mit einem Bewertungstrick. Zwar werden die Teilstücke einzeln bewertet, aber gerade bei der Umwelt- und Naturschutzfachlichen Beurteilung des Mittelteils heißt es: „Gesamtwirtschaftliche Bewertungsdaten liegen nur für das Hauptprojekt vor. Für dieses Teilprojekt ist deshalb der Umweltbeitrag nicht bewertungsrelevant.“ Zur Nutzen-Kosten-Analyse heißt es knapp: „Siehe Hauptprojekt.“

In einem undurchschaubaren Berechnungssystem werden monetäre Ergebnisse z.B. für die „Veränderung der Geräuschbelastung“ oder „Veränderung der Lebenszyklusemissionen von Treibhausgasender Infrastruktur“ in Euro angezeigt.

Selbst bei der „Beschreibung und Bewertung der voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen“ wird eine monetäre „Nutzensumme Umwelt“ von 13,48 Mil-

„Ich werde mich gleich nächste Woche dafür einsetzen, dass zumindest Teile der Finanzmittel in den Haushalt eingestellt werden, damit der Straßenbau endlich ausgeschrieben werden kann.“

„Fakt ist, dass die Ostumgehung weiter gebaut wird - eben weil man sie schon angefangen hat.“

Kirsten Lühmann, MdB SPD  
Mitglied Kreistag Celle  
Autolobbyistin





lionen Euro bilanziert. Der „Summe bewertungsrelevanter Investitionskosten“ von 78,93 Millionen Euro wird ein „Barwert des Nutzens“ von 737,73 Millionen Euro gegenüber gestellt.

Ein „Gesamtnutzen“ von 658,8 Millionen Euro für eine Autobahn durch ein Naturschutzgebiet! Da muss man doch einfach zugreifen! Zu schade, dass trotz der monetären Millionen-Nutzen auch noch Naturschutzgesetze eingehalten werden müssen.

Wie für die Bauabschnitte 1 und 2 war auch für den Mittelteil der Ostumgehung ein eigenes Planfeststellungsverfahren zu absolvieren. Das bedeutet in der Reihenfolge: Aufstellung der Planfeststellungsunterlagen, Einleitung eines Anhörungsverfahrens, Öffentliche Auslegung des Plans, Bürgerinformation und Beteiligung der Betroffenen, Einwendungen und Anregungen, Erörterungstermin und endlich der Planfeststellungsbeschluss.

Erst mit Erreichen des Planfeststellungsbeschlusses besteht die Möglichkeit einer Klage. Eine Klage gegen den Beschluss verhindert aber nicht automatisch den sofortigen Vollzug (Baubeginn).

So konnte der zweite Bauabschnitt trotz einer laufenden Klage ungehindert fertig gebaut werden.

Schon lange vor dem Planfeststellungsbeschluss (Mittelteil) wurde von dem damals verantwortlichen Bauleiter Bernd-Wilhelm Winkelmann immer wieder betont, dass man alle gesetzlichen Vorgaben berücksichtigt habe und man sicher sei, dass auch weitere Klagen den Bau nicht verhindern werden. Deshabk brauche es auch keinen Plan B.

Fachlich und finanziell ist nur noch der BUND-Naturschutz in der Lage, dem Autowahn Paroli zu bieten. Mit beharrlicher Gegenwehr versucht der BUND die Bebauung des Naturschutzgebietes durch gerichtliche Klagen zu verhindern. Verlässlicher medialer Stimmungsmacher gegen den BUND ist schon lange die Redaktion der CZ. In einem redaktionellen Artikel (kein Kommentar oder Meinung) vom 16.08.2015 schreibt Redakteur (ram): „Nun hängt also alles an der Entscheidung des Obergerichtes ab, wann endlich die katastrophalen Verkehrsverhältnisse in Altencelle beendet und die Bürger dort entlastet werden. Und hoffentlich stellt die geringe Zahl der Kläger ihre Interessen endlich einmal hinter das Wohl der Mehrheit der Bürger zurück.“ Wann wurde jemals eine „Mehrheit der Bürger“ für oder gegen etwas ermittelt? Hinter welches „Wohl“ soll die „geringe Zahl“ der Kläger ihre Interessen stellen?

Überraschend für alle Beteiligten erteilt das OVG Lüneburg im April 2016 einen Baustopp für den Mittelteil: „Die Planung ist rechtswidrig und nicht vollziehbar.“ Das sogenannte „Fledermausurteil“ ist gesprochen.

„Fledermausschutz“ und „Naturschutz“ wird von den üblichen Lautsprechern nun als Menschen feindlich bezeichnet. Schuldzuweisungen wegen der Verkehrs- und Planungsmisere gehen an die Adresse des BUND-Naturschutz oder aber an das jeweilige Gericht. 2017 weist der

damalige nieders. Verkehrsminister Olaf Lies (SPD) jede Verantwortung zur vermurksten Bauplanung zurück: „Wir wollen bauen, das Land Niedersachsen hat seine Arbeit getan. Hier hat einzig und allein das Bundesverwaltungsgericht das letzte Wort.“ Inzwischen ist Olaf Lies vom Verkehrs- ins Umweltministerium gewechselt. Doch auch als Umweltminister ist ihm der Naturschutz nicht so wichtig. CZ, 28.08.2018: „Auch heute sehe ich mich als Brückenbauer. Die neue B3 wird kommen“.

Da wurde wohl der Bock zum Gärtner gemacht?

Als jetzt im Mai der BUND die Planungsbehörde wegen derer weiterer Nichteinhaltung gesetzlicher Vorgaben zum Umwelt- und Naturschutz erneut beklagt, geraten die Rüstungs-, Wirtschafts- und Autolobbyisten in Celle in Schnappatmung (siehe Fotos +Zitate).

„Mit der Anschubfinanzierung von acht Millionen Euro für den ersten Bauabschnitt haben wir eine ganze Straße bekommen wollen und nicht nur eine halbe.“

„Der Bund ist zumindest in der moralischen Pflicht, die Mittel für den Weiterbau bereitzustellen.“

Jörg Bode, MdB. FDP  
2009-2013 Wirtschafts- u.  
Verkehrsminister Nieders.



CZ Redakteur Michael Ende konstruiert in seinem Kommentar („Mieses Spiel“, CZ, 06.05.2019) aus dieser ernsthaften Auseinandersetzung ein Spiel zwischen Team Fledermaus und Team Straßenbau: „Menschen leiden unter dem Straßenverkehr mitten durch ihre Stadt. Für sie ist zu hoffen, dass dieses vielleicht „gängige“, aber ungeschickte Verhalten der Behörden nicht dazu führt, dass das Team Fledermaus den Ball schon wieder mit Vollspann in die Maschen haut. Dann würde dieses zähe und unattraktive Ostumgehungs-Spiel, das längst schon keiner mehr sehen will, in der Verlängerung vollends zum Debakel für das Team Straßenbau.“ Als Jäger, Angler und Imker müsste Michael Ende Naturschutz eigentlich ernst zu nehmen gelernt haben. In dem von ihm textlich begleiteten Bildband HEIDELAND (2016) steht im Schlusswort:

„Vor allem ist die Heide eine besonders gefährdete, schützenswerte Lebenswelt mit einer einzigartigen Pflanzen- und Tierwelt. Alles hängt zusammen, alles ist voneinander abhängig. Verschwindet ein Element, ein Lebewesen, eine Pflanze, dann hätte das unvorhersehbare Folgen für das gesamte Ökosystem der Heide. Schützen wir die großen und kleinen Wunder in Flora und Fauna, diesen Naturschatz Heide. Ein echtes Juwel.“

Das ebenso gefährdete und schützenswerte Juwel (Naturschutzgebiet „Obere Allerniederung“) liegt direkt vor unserer Haustür.

**Ostumgehung stoppen! Sofort!**

Es gibt immer einen **Plan B**, aber keinen **Planet B!**

## 230 preiswerte Wohnungen bis 2030

Auf den Wohnungsmärkten der Großstädte herrscht Notstand. In Mittelstädten wie Celle dagegen ist die Lage scheinbar entspannt. Proteste aus der Bevölkerung gibt es kaum, eher eine Verwunderung darüber, dass viele (Eigentums-)Wohnungen im oberen Preissegment entstehen, vom Korrektiv des sozialen Wohnungsbaus aber nirgends etwas zu sehen ist. So mehren sich aus dem lokalen politischen Raum Forderungen, auch günstigen Wohnraum zu schaffen.

Basis für diese Forderungen kann künftig das „Wohnraumversorgungskonzept für die Stadt Celle“ sein, das der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen im Mai beschloss. Das von externen Gutachterbüros (protze + theiling GbR, Bremen, in Arbeitsgemeinschaft mit akp-Stadtplanung + Regionalentwicklung, Kassel) vorgelegte Konzept ist damit auch die Grundlage für die Vergabe von Fördermitteln für den sozialen Wohnungsbau.

Und dass günstige Wohnungen erforderlich sind, macht die nackte Statistik deutlich: 17,6 % der Haushalte in der Stadt Celle beziehen Leistungen nach SGB II („Hartz IV) und XII („Grundsicherung im Alter“), AsylbLG („Asylbewerberleistungsgesetz“) sowie Wohngeldgesetz. Der zusätzliche Anteil der Haushalte mit Niedrigeinkommen wird auf rund 10 % geschätzt. Mehr als ein Viertel der Haushalte in Celle ist also auf preiswerten Wohnraum angewiesen.

Die Gutachter machen vor diesem Hintergrund einige konkrete Handlungsempfehlungen:

*„Der Mietwohnungsbereich ist in den kommenden Jahren vorrangig zu unterstützen [...] Etwa 120 neu gebaute Mietwohnungen [...] müssen den hinzukommenden einkommensschwachen Haushalten bis 2020 zu Gute kommen [...]. Bis 2023 wären es insgesamt 160 Mietwohnungen. Dies würde zugleich den Bestand an belegungsgebundenen Wohnungen wieder erhöhen [...].“*

Vor einem Jahr schon war in der Celleschen Zeitung von entsprechenden Planungen von Aufsichtsrat und Geschäftsführung der Städtischen Wohnungsbau GmbH (WBG) zu lesen. Bis zum Jahr 2026 sollen mit Investitionen in Höhe von rund 85 Millionen Euro bis zu 200 Wohneinheiten neu gebaut und etwa 125 Wohneinheiten energetisch saniert werden. Alles paletti also?

Viel Wert wird im Konzept auf die Förderung von belegungsgebundenem Wohnungsbau gelegt. Das bedeutet vereinfacht gesagt: Wenn das Land Niedersachsen den Wohnungsbau finanziell fördert, ist die höchstzulässige Eingangsmiete von 5,60 Euro pro m<sup>2</sup> im Monat für Berechtigte mit niedrigem Einkommen. Das ist für die ersten drei Jahre festgeschrieben und darf danach um nicht mehr als 15 % innerhalb von drei Jahren erhöht werden.

Deshalb fordert das Konzept: „Wenn sich die Versor-

*gung mit preiswerten Wohnungen im Bestand bei steigenden Mieten nicht weiter verschlechtern soll, ist ein Grundstock an belegungsgebundenen Wohnungen in Celle notwendig. [...] Eine Verlängerung von Zweckbindungen oder der Kauf von Zweckbindungen für bestehenden Wohnraum kann ein Mittel sein, preisgünstigen Mietwohnraum anzubieten. [...] Eine Erfassung der zweck- und belegungsgebundenen Wohnungen sowie eine fortlaufende Übersicht über deren Lage und den Zeitpunkt des Auslaufens der Bindungsfristen sind einzurichten. Ein Überblick über den vorhandenen geförderten Wohnungsbau ist unbedingt notwendig, um Fehlbedarfe zu erkennen.“* Schauen wir mal, wie sich Verwaltung und Politik dazu konkret verhalten. Es ist immer das eine, ein Konzept zu verabschieden, aber ein ganz anderes, sich auch daran zu halten.

Einen zusätzlichen Bedarf von aktuell rund 140 Wohnungen sieht das Konzept für barrierefreien und barrierearmen Wohnraum. Hier geht es vor allem auch um den Umbau im Bestand und Aufgabe der Stadt könnte es sein, Information zu den Förderungsmöglichkeiten zu geben und Wohnraumanpassungsberatung zu machen.



WGB-Neubau Windmühlenstraße

Erfreulich ist, dass das Konzept auch soziale Wege zur Anpassung vorschlägt, z.B.: *„Unterstützung und Vermittlung in einem Netzwerk unterschiedlicher Akteure kann z.B. den Verbleib älterer Menschen im Quartier wie auch ungewöhnliche Konzepte und neue Wohnformen unterstützen. Ein Ziel wäre es vor allem Einfamilienhäuser, die nur noch von 1 bis 2 (zumeist älteren) Personen nach Auszug der Kinder bewohnt werden, in kleinere WE umzubauen, barrierefrei anzupassen oder ggf. einen Auszug bei einem möglichen Verbleib im Quartier / Ortsteil zu unterstützen.“*

Damit wird auch auf ein demografisches „Problem“ eingegangen. Celle – es ist kaum zu glauben – wird noch „älter“ werden.

## Landkreis bescheißt bei Kosten der Unterkunft

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge für alle Menschen. Seit Jahren aber werden in Celle Hartz IV-Berechtigte und Leistungsbezieher\*innen nach dem SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) von der Kreisverwaltung in Angst und Schrecken versetzt. Sie ist in der Konstruktion „Jobcenter im Landkreis Celle“ zuständig für die „Kosten der Unterkunft“, also Kaltmiete, Nebenkosten und Heizkosten. Diese müssen „angemessen“ sein, um in voller Höhe erstattet zu werden. Und da nimmt das Übel seinen Ausgang. „Angemessen“ ist ein unbestimmter Rechtsbegriff. Das ist für die Kreisverwaltung seit Einführung der Hartz IV-Gesetzgebung Grundlage dafür, die Betroffenen in großem Umfang und rechtswidrig um die Erstattung ihrer vollen Wohnkosten zu – sagen wir’s mal deftig – bescheißen. Hunderte Menschen und Familien haben deshalb seitdem ihr gewohntes Wohnumfeld verlassen müssen oder zahlen die Lücke aus ihrer Regelleistung..

Mit einer seit Januar neu geltenden „Mietwerttabelle“ sind erneut – nach Angaben der Landkreises – 101 Haushalte aufgefordert, ihre Mietkosten zu senken. D.h. umziehen in eine günstigere Wohnung oder die Lücke selbst bezahlen, wie es – nach Angaben der Kreisverwaltung am 31.12.2018 schon 250 Haushalte taten. (Wir halten die Zahlen für viel zu niedrig, siehe dazu auch die letzte revista). Dabei ist die Art und Weise wie die Kreisverwaltung meint, die Mietobergrenzen bestimmen zu können, seit Beginn rechtswidrig. Dies schildern wir im Folgenden und zeigen, wie man/frau sich wehren kann.

### Rechtswidrig ... zum Ersten

Zu Beginn der neuen Gesetzgebung machte es sich die Kreisverwaltung einfach. Anscheinend ziemlich willkürlich wurden Beträge für die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft festgesetzt. Vom Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen (künftig LSG) wurde diese Verfahrensweise schon im Dezember 2005 in einem Eilverfahren als rechtswidrig angesehen. Die Kreisverwaltung ignorierte dies jedoch und ging den langen Weg durch die Gerichtsinstanzen – um schließlich vom LSG am 11. März 2008 dazu verurteilt zu werden, als angemessene Kosten der Unterkunft einen Betrag entsprechend der Wohngeldtabelle 2009 zuzüglich 10 % zu gewähren.

Die Wohngeldtabelle bildet eine Grundlage zur Gewährung einer anderen Leistung, nämlich des Wohngeldes, auf das Haushalte mit geringem Einkommen (die nicht Hartz IV beziehen) schon seit 1965 einen Anspruch haben. Die Wohngeldtabelle bildet die Obergrenze der Angemessenheit ab – gestaffelt nach Haushaltsgrößen und Mietstufen, die die Unterschiede der Wohnungsmärkte berücksichtigen (also z.B. Großstadt und Kleinstadt).

Da diese Wohngeldtabelle nicht strittig ist, haben die Sozialgerichte sich immer wieder auf den Standpunkt gestellt, dass sie dort zu Grunde zu legen ist, wo es keinen Mietspiegel oder andere schlüssige Konzepte zur Bewertung der Mietkostensituation vor Ort gibt. In der Rechtsprechung hat sich durchgesetzt, auf die Werte der Wohngeldtabelle dann noch 10 % aufzuschlagen, um so zum Beispiel Preisentwicklungen bei Neuvermietungen zu berücksichtigen. Sinn und Zweck dieses Vorgehens wird in Gerichtsurteilen immer wieder klar benannt: *„Auch um Leistungsempfängern und den Sozialleistungsträgern zur Bestimmung des Begriffs der Angemessenheit klare und eindeutige „Richtlinien“ an die Hand zu geben“.* Dies wird jedoch von der Kreisverwaltung Celle konsequent ignoriert.

Warum wendet dann die Kreisverwaltung nicht diese Regelung an? Sie ist in den allermeisten Fällen günstiger für die Hartz-IV- und Grundsicherungs-Empfänger\*innen.

In weiteren Blindflügen gibt deshalb Landrat Wiswe seitdem Wohnungsmarktgutachten in Auftrag, die jeweils Kosten in Höhe von 50.000 € bis 80.000 € verursachen, aber das Gegenteil von Rechtssicherheit schaffen. Kein einziges hat bisher die Anforderungen erfüllt, die das Bundessozialgericht im Juni 2008 für Wohnungsmarktgutachten vorgegeben hat.

### Rechtswidrig ... zum Zweiten

Durch Beschlüsse des Sozialgerichts Lüneburg (künftig SG) wurde im Juli und August 2009 in Bezug auf die Celler Mietwerterhebung entschieden: *„Das Gutachten enthält gravierende Mängel, die sich durch das gesamte Gutachten ziehen. Es ist in sich nicht schlüssig.“*

Folge war, dass von Seiten der Kreisverwaltung als angemessene Kosten der Unterkunft ein Betrag bis zur Wohngeldtabelle 2009 zuzüglich 10 % als angemessene Kosten der Unterkunft zu berücksichtigen war.

Wer jetzt annimmt, dass die Praxis in Bezug auf die angemessenen Kosten der Unterkunft nunmehr rechtskonform anpasst worden wäre, wird enttäuscht. Die Kreisverwaltung ging erneut den langen Instanzenweg, um beharrlich an seiner rechtswidrigen Praxis festzuhalten. Man weiß eben, dass sich nicht alle Betroffenen wehren – und so „spart“ man halt unterm Strich Geld.

### Rechtswidrig ... zum Dritten

Das Kalkül der Kreisverwaltung ist dadurch geprägt, dass gerichtliche Entscheidungen im Hauptsacheverfahren erst erfolgen, nachdem wieder eine neue Mietwerterhebung oder eine neue Festlegung über die Kosten der Unterkunft erfolgt ist. Dies muss alle zwei Jahre geschehen. Gerichtsverfahren in Hauptsacheverfahren können

aber gerne drei bis vier Jahre dauern. So hat z.B. das SG im Oktober 2014 entschieden:

*„Da im Zuständigkeitsbereich des Antragsgegners kein schlüssiges Konzept zur Ermittlung der angemessenen Unterkunfts-kosten (mehr) existiert und dem Gericht keine ausreichend anderen aktuellen Erkenntnisse zur Bestimmung der angemessenen Unterkunfts-kosten vorliegen, ist auf die Höchstwerte des § 12 Wohngeldgesetz (WoGG) zuzüglich eines Sicherheitszuschlages von 10 % zurückzugreifen ...“.*

Das SG Lüneburg hatte bereits im Februar 2014 dargelegt, dass die Mietwerterhebung 2009 keine sachgerechten Werte in Bezug auf die Kosten der Unterkunft darstellt, und darauf verwiesen, dass das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen in einem Beschluss vom November 2013 ebenfalls erhebliche Zweifel daran geäußert hat, dass die Celle Mietwerterhebung 2009 den Anforderungen des Bundessozialgerichts an ein schlüssiges Konzept zur Ermittlung der angemessenen Unterkunfts-kosten im Grundsicherungsrecht genügt. In weiteren Klageverfahren erklärte sich die Kreisverwaltung jeweils bereit hat, Kosten der Unterkunft nach § 12 Wohngeldgesetz (also Wohngeldtabelle) zuzüglich 10 % zu gewähren.

Völlig eindeutig führte das SG Lüneburg im Januar 2017 erneut aus: *„Das zur Beurteilung der Angemessenheit von Unterkunfts-kosten herangezogene Mietwertgutachten vom 01.04.2009, das im Auftrag des Beklagten von der Firma Analyse & Konzepte GmbH erstellt wurde, dürfte – wie in bereits mehreren anderen von dem erkennenden Gericht geführten Verfahren – keine tragfähige Grundlage für die Bestimmung der Angemessenheit sein. Auch das erkennende Gericht hat im Hinblick auf die Validität der Datengrundlage der Überprüfbarkeit der erhobenen Daten sowie der angewandten Berechnungsmethoden erhebliche Zweifel, dass das Mietwertgutachten den Anforderungen des Bundessozialgerichts an ein „schlüssiges Konzept“ entspricht und einer Über-*



Foto: Ulrich Wockelmann

*prüfung standhält.“*

Obwohl von Anfang der Kreisverwaltung die Erkenntnis hätte vorliegen müssen, dass die Mietwerttabelle 2009 rechtswidrig ist, hat sie einer Veränderung nur in den gerichtlich anhängigen Verfahren zugestimmt und Anerkenntnisse durchgeführt, damit keine hochinstanzlichen Entscheidungen erzielt werden konnten – und so gegenüber den anderen Haushalten nichts geändert werden musste. Faktisch war aber die Mietwerttabelle 2009 als auch deren Fortschreibung, die bis zum 31.12.2014 angewendet wurde, in vollem Umfang rechtswidrig.

## Rechtswidrig ... zum Vierten

Verwaltungsverfahrenstechnisch konformes Handeln der Kreisverwaltung hätte dazu führen müssen, dass eine Überprüfung der offensichtlich fehlerhaften Bescheide durch den Landkreis Celle hätte stattfinden müssen, um den Hilfeempfänger\*innen den ihnen zustehenden Betrag an Kosten der Unterkunft zu gewähren. Die vorenthaltenen gesetzlichen Leistungen nach dem SGB II und dem SGB XII dürften einen Betrag in Höhe von jährlich 500.000 bis 1.000.000 Euro betragen.

Aber zum 1. Januar 2015 ging die Kreisverwaltung in eine neue Runde. Der Endbericht trug den Namen *Festlegung der Angemessenheitsgrenze gem. SGB II und SGB XII für den Landkreis Celle*, wurde von der Beratungsfirma Forschung und Beratung aus Hamburg erstellt und im Jahre 2016 aktualisiert, so dass diese Berechnungsgrundlagen bis zum 31.12.2018 zur Beurteilung der Kosten der Unterkunft herangezogen wurden.

Wieder setzte der Landkreis auf die lange Verfahrensdauer beim SG Lüneburg und ließ es nicht zu Urteilen im Hauptsacheverfahren kommen - erneut, indem Anerkenntnisse durchgeführt wurden oder im Rahmen von Vergleichsvereinbarungen Leistungen für die Kosten der Unterkunft nach der Wohngeldtabelle zuzüglich eines Sicherheitszuschlages von 10 % anerkannt wurden.

Im Februar 2019 – inzwischen war eine neue Mietwerttabelle in Kraft gesetzt – erklärte ein Prozessvertreter des Jobcenter gegenüber dem SG Lüneburg, *„dass z.Zt. mit dem Landkreis Celle Gespräche geführt werden, ob auch durch die Rechtsfortschreibung das neue Konzept möglicherweise keinen Bestand haben kann. Für diesen Zeitraum besteht im Jobcenter Celle die Möglichkeit für die streitbefangenen Zeiträume nach der Wohngeldtabelle + 10 % Kosten der Unterkunft anzuerkennen.“*

Dieses Anerkenntnis bezieht sich auf Klageverfahren, die seit Juli 2017 bzw. März 2018 anhängig sind – und im konkreten Fall ging es um Kosten der Unterkunft für den Zeitraum von März 2017 bis Februar 2018, in dem nunmehr Kosten der Unterkunft nach der Wohngeldtabelle + 10 % anerkannt wurden.

Demnach ergibt sich, dass die Mietwerttabelle 2015 und auch die Aktualisierung der Mietwerttabelle, die bis zum 31.12.2018 vom Landkreis Celle angewendet wurde, in vollem Umfang rechtswidrig ist.

## Rechtswidrig ... zum Letzten ???

In all den Jahren hat die politische Kontrolle – also der Kreistag – versagt. Aber auch nie hat die Kreisverwaltung in öffentlichen Sitzungen eingestanden, dass sie sich seit über einem Jahrzehnt an offensichtlich rechtswidrigen Grundlagen orientiert.

Das neue Mietwertgutachten, das entgegen jeder Alltagserfahrung vielfach die ab 1.1.2019 geltenden Mietobergrenzen sogar gesenkt hat, war allerdings von Beginn an in der Kritik der Kreistagsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und FDP. Leider hat es aktuell nicht den Anschein, als würde nach den Abstimmungsniederlagen im Sozialausschuss im Februar weitere Kritik folgen. Aber:

Jetzt wird es Zeit, aus der skandalösen Situation die Konsequenzen zu ziehen und den Landkreis Celle zu verpflichten, endlich als angemessene Kosten der Unterkunft die maßgebliche Wohngeldtabelle zuzüglich 10 % anzuwenden

Dem betrügerischen Treiben der Kreisverwaltung muss ein Ende gesetzt werden. Schon im Februar 2019 hat ein Prozessvertreter des Jobcenters gegenüber dem Sozialgericht Lüneburg wie oben zitiert, sich schon dahingehend geäußert, dass das neue Konzept möglicherweise keinen Bestand haben kann. Dies wurde nunmehr vom Sozialgericht Lüneburg im Beschluss S 32 SO 6/19 ER am 09.05.2019 bestätigt. Dort lautet es

*„Denn Fragen rund um die Erstellung schlüssiger Konzepte durch die Behörden bedürfen einer eingehenden und meist zeitintensiven Prüfung. Bei den in der Vergangenheit erstellten Mietwertkonzepten der Antragsgegnerin waren von Seiten des Landessozialgerichts (L 9 AS 510/13 und L 9 AS 1143/14) Mängel festgestellt worden, die zu der Nichtanwendbarkeit und zur Heranziehung der Wohngeldtabelle zuzüglich eines Sicherheitszuschlages von 10 % führten [...] Bei Abwägung des Interesses der Antragstellerinnen an der Gewährung tatsächlicher Unterkunftskosten – hier weiteren 37,00 € monatlich – mit den Interessen der Antragsgegnerin an einer rechtmäßigen und nur dem gesetzlichen Höchstmaß entsprechenden Leistungsgewährung überwiegt das Interesse der Antragstellerinnen.“*

Der Landkreis Celle wurde somit vom Sozialgericht Lüneburg verpflichtet, die tatsächlichen Kosten der Unterkunft in voller Höhe bei den Sozialleistungen zu berücksichtigen.

Die Forderung kann jetzt nur lauten, sofortige Rücknahme des aktuellen Mietwertgutachtens und Aufhebung sämtlicher Leistungsbescheide ab dem 01.01.2018, in denen Leistungsempfänger betrogen wurden mit der Sicherstellung der rückwirkenden Gewährung der tatsächlichen Kosten der Unterkunft entsprechend eines zu be-

rücksichtigenden Höchstwertes nach der Wohngeldtabelle + 10 %. Dazu wäre die Kreisverwaltung im Rahmen eines redlichen, bürgernahen und rechtskonformen Handelns verpflichtet.

Sämtlichen Betroffenen, bei denen die Kosten der Unterkunft nicht in voller Höhe übernommen werden, ist zu empfehlen, gegen rechtsmittelfähigen Bescheide Widerspruch einlegen und einen Überprüfungsantrag für den vergangenen Zeitraum stellen. Daneben ist es erforderlich, dass ein Antrag auf Erlass einer Einstweiligen Anordnung durchgeführt wird, und wenn ein ablehnender Widerspruchsbescheid vorliegt, eine Klage.

### Was können Betroffene tun?

Zu empfehlen ist, dass sämtliche Betroffene, bei denen die Kosten der Unterkunft nicht in voller Höhe übernommen werden, gegen den rechtsmittelfähigen Bescheid Widerspruch einlegen und einen Überprüfungsantrag für den vergangenen Zeitraum stellen. Daneben ist es erforderlich, dass ein Antrag auf Erlass einer Einstweiligen Anordnung durchgeführt wird.

Beim Vergleich der Mietwerttabelle 2019 des Landkreises Celle für einen Einpersonenhaushalt und der Angemessenheitsgrenze nach dem Wohngeldgesetz zuzüglich 10 % ergibt sich, dass höhere Kosten der Unterkunft lediglich im Bereich der Stadt Celle zu erzielen wären, laut Mietwerttabelle Landkreis Celle 380 €, Wohngeldtabelle 386,10 €.

Bei den Zweipersonenhaushalten wäre ein höherer Wert Wohngeldtabelle + 10 % in den Gemeinden Bergen, Eschede, Faßberg, Hermannsburg, Loheide und Unterlüß gegeben, nämlich anstatt Mietwerttabelle Landkreis Celle 380,00 €, Wohngeldtabelle + 10 % 415,80 € und bei den Zweipersonenhaushalten ergibt sich bei der Stadt Celle ein höherer Wert, nämlich Mietwerttabelle Landkreis Celle 410,00 €, Wohngeldtabelle + 10 % 520,30 €.

Ab Dreipersonenhaushalten ist immer die Wohngeldtabelle + 10 % höher. Die Differenz liegt z. B. Bergen, Eschede, Faßberg und Unterlüß Mietwerttabelle Landkreis Celle 405,00 €, Wohngeldtabelle + 10 % 495,00 €, Flotwedel, Lachendorf, Wathlingen, Wietze und Winsen Mietwerttabelle Landkreis Celle 479,00 €, Wohngeldtabelle + 10 % 495,00 € und für die Stadt Celle ergibt sich Mietwerttabelle Landkreis Celle 501,00 €, Wohngeldtabelle + 10 % 619,30 €.

Bei allen weiteren Haushalten, vier Personen, fünf Personen, sechs Personen etc. ist immer die Wohngeldtabelle + 10 % wesentlich höher.

Also sollte sich bei der o. g. Haushaltskonstellation und den Kosten der Unterkunft ergeben, dass nicht die tatsächlichen Kosten der Unterkunft anerkannt werden, kann im Rahmen eines Überprüfungsantrages gegen alle Bescheide, die für den Zeitraum ab dem 01.01.2019 ergangen sind, Rechtsmittel eingelegt werden und der höhere Betrag bis zur Wohngeldtabelle + 10 % gefordert werden.

Wir haben entsprechende Musterschreiben auf unsere Internetseite gestellt, auch für einen Überprüfungsantrag ab den 01.01.2018 – siehe [www.revista-online.de](http://www.revista-online.de)



----- 04.04.2019 -----

## Klimaschutzförderung zusammengekürzt

Gegen die Änderung der Förderrichtlinie zum Klimaschutzfonds sprachen sich in der Ratssitzung die Fraktionen von Bündnis '90/Die Grünen und Die Linke/BSG aus. Die Mehrheit des Rates (also auch die SPD, die jetzt den „Klimanotstand“ ausrufen will) folgte dem Beschlussvorschlag der Verwaltung, wonach künftig die Stelle des/der Mitarbeiter\*in, der/die den Fonds betreut, nicht mehr aus dem Haushalt der Stadt, sondern aus dem Topf des Klimaschutzfonds bezahlt wird. Dieser besteht im Kern aus 420.000 EUR jährlich, die von dem Energieversorger SVO kommen. Aus diesem Topf können für unterschiedlichste Energieeffizienzprojekte Fördermittel beantragt werden. Künftig stehen gut 50.000 Euro weniger zur Verfügung – das ist eine Kürzung um rund 13 Prozent.

----- 10.04.2019 -----

## Sanktionen

Das Jobcenter Celle macht weiter einen „Spitzen-Job“ - bei den Sanktionen. Bundesweit liegt es bei den Zahlen von 2018 auf Platz 73 von 400 und in Niedersachsen auf Platz 8 von 43 Jobcentern. 1283 Personen wurden im Jahr 2018 neu sanktioniert, d.h. ihnen wurden Teile der Leistung gestrichen. Und dieses Geld stellt bekanntlich das Existenzminimum dar. Und es handelt sich dann wohl häufiger um mehrere Sanktionen, womit die Betroffenen schnell bei Null landen. Pro Person waren es durchschnittlich 3,37 Sanktionen. Betroffen waren in Celle 12,6 % aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (wie es im Amtsdeutsch heißt). Bundesweit lag diese Quote um einiges niedriger, nämlich bei 9,7 %.

----- 12.04.2019 -----

## Osterappell

210 Bundestagsabgeordnete aus allen Fraktionen außer der AfD haben einen sog. Osterappell veröffentlicht – unter ihnen Celles Wahlkreisabgeordnete Kirsten Lühmann (SPD). Gefordert wird:

„1. Die Bundesregierung muss sich in der EU und bei den Mitgliedstaaten für den Aufbau eines europäisch organisierten und finanzierten zivilen Seenotrettungssystems einsetzen.

2. Die Bundesregierung muss sich, notfalls mit einer Koalition williger EU Mitgliedsstaaten, für einen an humanitären und rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgerichteten Verteilmechanismus von allen aus Seenot geretteten Menschen einsetzen. Auf dem Mittelmeer geretteten Menschen darf der Zugang zu einem fairen Asylverfahren nicht verwehrt werden. [...]

4. Wir fordern die Bundesregierung und die europäischen Regierungen eindringlich dazu auf, sich für die unverzügliche Freilassung aller internierten Schutzsuchenden in Libyen einzusetzen und die zügige Evakuierung nach Niger sowie die Aufnahme durch das Resettlementprogramm der Vereinten Nationen zu unterstützen.

----- 25.04.2019 -----

## Schoko-Fahrt

Über Ostern wurde im Rahmen der „Schokofahrt“ zum zweiten Mal Schokolade CO2-neutral von drei Radlern von Amsterdam nach Celle transportiert. Der in der Schokolade enthaltene Kakao wurde zuvor mit dem Segelschiff aus der Karibik nach Europa gebracht. Zu kaufen sind die Schokoladen-Tafeln sofort im Eine-Welt-Laden Celle, Bergstraße 27 / Ecke Südwall, und bei Huths Kaffee & Feinkost, Großer Plan 7. - Mehr zur



Schoko-Fahrt gibt's unter:  
<https://schokofahrt.de/>



----- 01.05.2019 -----

## Bunte Beete

Am 1. Mai wurde offiziell Celles erstes Urban Gardening Projekt eingeweiht. Mit „Genehmigung“ der Stadtverwaltung wirkt jetzt auf dem ehemaligen Spielplatz an der Hostmannstraße / Ecke Schornsteinfegergasse die Gemeinschaftsgarten-Initiative *Bunte Beete Celle*. Die Trägerschaft hat die vhs Celle übernommen. Es gibt einen schönen Blog zum Projekt (<https://bunte-beete-celle.de/>) und dort auch ein Statement: „Wir schaffen etwas als Bürger, ein Projekt mit echter Demokratie, ein kunterbuntes Ding, bei dem Menschen jeder Herkunft, geografisch und sozial dabei sein können. Generationsübergreifend. Selbstorganisiert. Ein Statement gegen die Globalisierung, gegen Lobbyismus, vor allem im Bereich der Pestizide und der Lebensmittel-Industrie. Wir gärtnern ökologisch, ohne synthetische Stoffe. Unser Saatgut ist ausschließlich biologisch, keine Hybriden, also nicht genmanipuliert und zum großen Teil selbst gezogen oder bei Tauschbörsen ertauscht und wir bevorzugen alte, samenfeste Sorten.“ Da wünschen wir Kleingärtner\*innen an Bord der revista: GUT GRÜN!

----- 02.05.2019 -----

## Fürstlicher Glanz

Als Anfang Mai die Deutsche Burgenvereinigung ihre Mitgliederversammlung in Celle abhielt, wählte CZ-Redakteur Gunther Meinrenken „fürstlichen Glanz“ nach Celle zurückgekehrt - „darunter einige Prinzen, Comtessen, Barone und Grafen“. Und als was? Als Zombies? Hat sich tatsächlich bis in die Redaktionsräume in der Bahnhofstraße nicht herumge-



sprochen, dass der Adel in Deutschland seit fast genau 100 Jahren abgeschafft ist und Adelsbezeichnungen in Deutschland nur als Teil des Namens gelten?

----- 03.05.2019 -----

## Whistleblowing

Der Friedensaktivist Hermann Theisen wurde vom Landgericht Lüneburg im Berufungsverfahren freigesprochen, nachdem ihn das Amtsgericht Celle im November 2018 noch zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen verurteilt hatte. Sein „Vergehen“: Er habe mit der Verteilung von Flugblättern bei Rheinmetall in Unterlüß Beschäftigte dazu aufgefordert, die Öffentlichkeit über illegale Praktiken des Konzerns zu informieren. Er habe sich strafbar gemacht, so das Gericht, weil er zum Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen aufgefordert habe.

Das Landgericht Lüneburg berücksichtigte das erst kürzlich in Kraft getretene Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (GeschGehG). Nach dessen § 5 sind Hinweise zu illegalen Geschäftspraktiken im öffentlichen Interesse erlaubt. „Auf diesen Grundsatz konnte sich Herr Theisen auch schon vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes berufen, weil der deutsche Gesetzgeber mit der Umsetzung der zugrundeliegenden EU-Richtlinie im Verzug war“, kommentierte Boris Burghardt von der „Gesellschaft für Freiheitsrechte“.

----- 06.05.2019 -----

## Green Griffin

Im Großraum Celle-Bergen fand vom 6. bis 24. Mai 2019 die multinationale Übung *Green Griffin* mit rund 2.500 Soldat\*innen statt. Dem Ganzen lag ein Szenario der Landes- und Bündnisverteidigung nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags zugrunde. Unter Führung der *Division Schnelle Kräfte* waren sämtliche Luftlandkräfte, alle Kampf- und Transporthubschrauberverbände des Deutschen Heeres, das Kommando Spezialkräfte und auch die niederländische 11 Luchtmobile Brigade beteiligt. Die Übung selbst bestand aus mehreren kombinierten luftbeweglichen Operationen und Luftlandeoperationen. Der Startflugplatz der Luftfahrzeuge war Celle-Wietzenbruch.



----- 11.05.2019 -----

## 300 für Alice

Die AfD und ihre Fans mögen's „oldschool“-mäßig: 300 Interessierte kamen zu einer Saalveranstaltung mit AfD-Fraktionschefin Alice Weidel. Keine andere Partei würde im Zuge der Wahl zum Europaparlament im Landkreis Celle derart viele Fans „mobilisieren“ können. Draußen demonstrierten immerhin 50 Leute, was okay ist für eine Situation, in der keine Organisation mehr sich bemüht oder in der Lage sah, einen Protest zu organisieren. Der AfD-Kreisverband bot übrigens sogar einen Live-Stream der Veranstaltung an. Den zu schauen, ist nicht uninteressant: Biermann und Ehrhorn gerieten sich in ihren langatmigen Vorworten vor allem als Opfer einer AntiFa. In einem aber hatten sie Recht: Selbstverständlich wird das *Landhotel Jann Hinsch Hof* auf uns (und hoffentlich auch auf unsere Leser\*innen künftig verzichten müssen). Da hilft ein kleiner Abstandhalter auf der Webseite nicht mehr („*Wir sind ein Dienstleistungsgewerbe und versichern nicht für die Parteihalte der zu erwartenden Partei zu stehen!*“). Sollen ihnen doch künftig die Nazis und Rassist\*innen die Bude einrennen, denn dazu forderte AfD-MdB und Kreisvorsitzender Ehrhorn das versammelte Publikum ausdrücklich auf. Und wahrscheinlich ist's dem Landhotel wirklich egal, solange sie nicht mit Reichs- oder D-Mark zahlen wollen. Das Betreiberhepaar hat den Gasthof überigens – so CZ – von der Lindhorst-Gruppe gepachtet.

----- 11.05.2019 -----

## Weltladentag

Mit Aktionen in der Altstadt wiesen Aktive des Eine Welt Arbeitskreis Celle e.V. am Weltladentag dazu auf, Menschen- und Arbeitsrechte weltweit besser zu schützen. Unternehmen müssten gesetzlich in die Pflicht genommen werden, ihre Lieferketten transparent zu machen, damit Verbraucher\*innen die Arbeitsbedingungen in der Herstellung lückenlos verfolgen können. Die Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten in der Wirtschaft dürfe nicht weiter auf Freiwilligkeit basieren.

----- 26.05.2019 -----

## Grüne auf Platz 2

Auch in Stadt und Landkreis Celle sind sie Grünen bei der Wahl zum EP vor der SPD gelandet. In der Stadt haben sowohl CDU wie SPD jeweils 10,8 %-Punkte im Vergleich zur letzten EP-Wahl verloren. Die CDU ist in der Stadt bei 30 %, die SPD bei 18 % gelandet. Die Grünen strahlen mit 22,2 %. Mehr dazu im nächsten Heft.



## Für das Staatsgeld zählen Stimmen, nicht Prozente



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

**Klein Jonas:** Nigge hat seinen Facebook-Account abgeschaltet.

**Der lange Lulatsch:** Oh, ein Follower von Robert Habeck.

**Klein Jonas:** Aber er ist jetzt bei Instagram – da hat er nicht mal 500 Follower.

**Der lange Lulatsch:** Aber ist einfacher für ihn, mehr Foto, weniger Text. Und was treibt er da so?

**Oma Lilo:** Er zieht Bilanz: „2 Jahre als OB in Neuen Rathaus. wir sind auf dem weg. gemeinsam für celle.“ Mit Kleinschreibung.

**Der lange Lulatsch:** bauhaus-schick. Aber: Wie ist die Bilanz?

**Oma Lilo:** Da haben wir: „2 Baugebiete in 2 Jahren“, „Kita-Offensive: 100 neue Plätze in 2018/2019“ und „WoMo-Stellplatz eröffnet! 1000 Buchungen in 2 Monaten!“

**Der lange Lulatsch:** Und ...

**Oma Lilo:** Und was? Ja, das war's. Oder nicht ganz; gelistet wird noch die „Urban Challenge 2019: Check!“, „Ferienpass Online“ und „Ehrensache? Ehrenamt!“

**Der Besserwisser:** Demnächst kommt bestimmt noch dazu, dass der Abi-Umzug wieder auf dem Großen Plan halten kann.

**Die Dicke:** Oder der Nordwall-Abriss – „fast im Zeitplan“, also im Vergleich zum Beispiel mit dem BER.

**Der lange Lulatsch:** Da würde ich jetzt nicht drauf wetten, dass er sich damit schmückt. Die angekündigte zweijährige Vollsperrung finden die Leute jetzt nicht so toll. Damit hat auch niemand gerechnet. Und ich weiß auch nicht, ob die Chefetage im Rathaus das mit den Leuten von Kunst & Bühne so kommuniziert hat. Lieferverkehr soll zwar möglich bleiben, aber ob dann nicht Besucher\*innen ausbleiben, nachdem es dem Augenschein nach doch gut angelaufen ist, ist ja eine offene Frage. Also ich jedenfalls würde mich verarscht fühlen.

**Die Dicke:** Denk auch mal zurück, wie sie für die Gegenläufigkeit sogar ein CO<sub>2</sub>-Argument meinten ins Feld führen zu können, also dass ja die „Umwege“ über Fritzenwiese oder Südwall eingespart würden. Wenn jetzt zwei Jahre lang beide Richtungen große Umwege fahren müssen, addiert sich das doch auf eine Größenordnung, die nie wieder ausgeglichen werden kann werden kann. So lange wird's hoffentlich CO<sub>2</sub>-Schleudern nicht mehr geben.

**Der Besserwisser:** Mit letzterem bist du aber schon ziemlich optimistisch. Die deutsche Autoindustrie tut sich mit dem Abschied vom Verbrenner schon noch schwer.

**Oma Lilo:** Und wenn du Facebook-Kommentare zu Ostumgehung und Nordwall als Spiegel der öffentlichen Meinung nimmst, tut sich nicht nur die Autoindustrie schwer.

**Der lange Lulatsch:** Das aber merken die Jungen schon. Wahlanalytisch ist die GROKO ein Bündnis der Rentner\*innen.

**Der Besserwisser:** Wobei – und u.a. deshalb – die AfD bei den über 65-Jährigen die prozentual geringste Zustimmung erfährt. Am Besten ist sie – also die AfD – bei den 30 – 50-Jährigen.

**Klein Jonas:** Bei den Jungen, also den bis zu 30-Jährigen, sind länger schon die Grünen am Stärksten.

**Die Dicke:** Die wissen noch nicht, dass sich Verrat auch auf grün reimt.

**Oma Lilo:** Hä?

**Die Dicke:** Naja. „*Wer hat uns verraten, grüne Bürokraten.*“ Nein, ich meine das im Ernst. Dass Deutschland nur mit Zustimmung der Grünen – und über Fischer ja auch vorbereitet – in den völkerrechtswidrigen Kosovo-Krieg ziehen konnte, musste wohl schon direkt erlebt werden, um bleibende Wirkung zu hinterlassen. Die Genehmigung fürs Kohlekraftwerk Hamburg-Moorburg im Jahr 2008, also immerhin auch schon gut zehn Jahre nach dem Kyoto-Protokoll, hat eine grüne Umweltsenatorin erteilt. Und der Grünen-Politiker in der Kohlekommission hat dem lächerlichen „Kompromiss“ zugestimmt, was bei „Fridays for Future“ wahrscheinlich auch die wenigsten wissen.

**Der lange Lulatsch:** Was ihnen bei der Wahl zum EP nicht geschadet hat. Sogar in Celle deutlich vor der SPD – über 20 %.

**Oma Lilo:** Wisst ihr, was ich merkwürdig fand? Zur Wahl des Europaparlaments ist in Celle kaum plakatiert worden. Und eine Veranstaltung, die wahrgenommen werden konnte, hat nur die AfD gemacht.

**Klein Jonas:** Die meisten Plakate hatte die Kelly-Family.

**Der Besserwisser (ironisch):** Die Wahl war vor allem wichtig für die Parteikassen. Pro Stimme gibt es vom deutschen Staat 83 Cent, für die ersten vier Millionen Stimmen sogar einen vollen Euro – und das jedes Jahr die ganze Legislaturperiode lang, also zusammen 4,15 Euro. Deshalb ist das Abschneiden vor allen auch eine Frage von Einsatz und Ertrag. CDU und SPD setzen nur halb so viel ein wie bei der letzten Bundestagswahl ...

**Oma Lilo:** Sie müssen halt in der Stadt Celle die Kosten des OB-Wahlkampfes wieder reinbringen. Und wer fast nichts macht – wie eben die CDU – hat unterm Strich am Ende ein großes Plus.

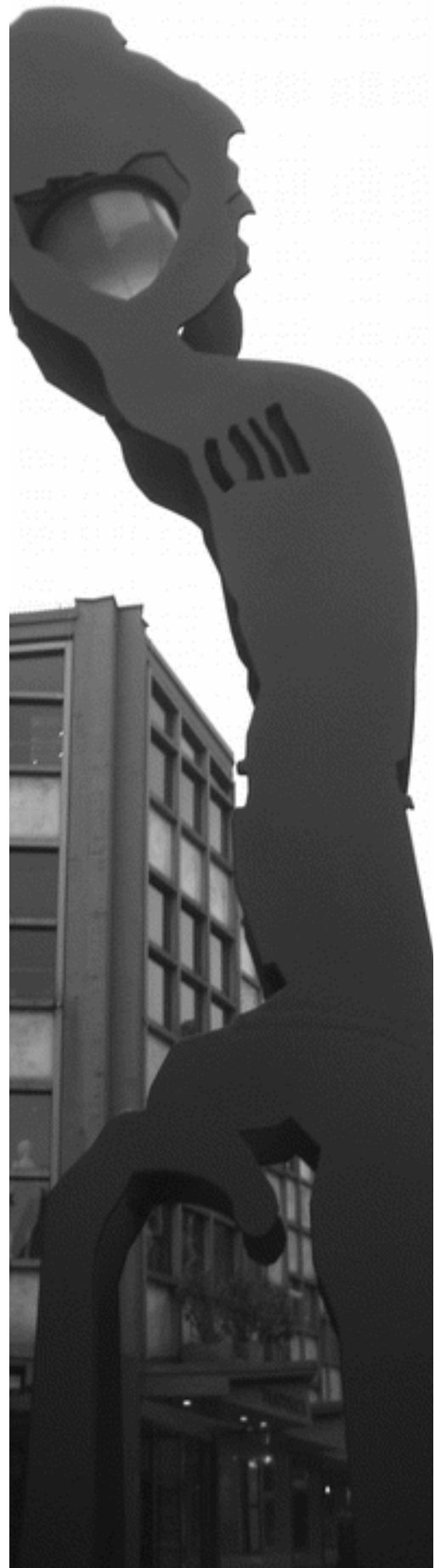
**Der Besserwisser:** Am knauserigsten verhalten sich, schrieb die FAZ, ausgerechnet die Grünen. Die wollten mit zwei Millionen Euro gerade mal ein Drittel ihres Etats für die Bundestagswahl einsetzen. Fazit der FAZ: „*Die Europawahl ist also für alle Beteiligten ein gutes Geschäft, im Vergleich zu den Kosten für die Kampagne nehmen sie allesamt ein Vielfaches an staatlichen Zuschüssen ein. Wenn die Rede von der Schicksalswahl verfängt und die Wahlbeteiligung von zuletzt 48 Prozent deutlich steigt, könnte das die Verluste für SPD und CDU teilweise kompensieren: Für das Staatsgeld zählen Stimmen, nicht Prozente.*“

**Der lange Lulatsch:** Über die Linke gab's keine Infos.

**Der Besserwisser:** Nein, die ist für die FAZ nicht ernstzunehmen.

**Die Dicke:** Die letzte Fraktion war's aber auch nicht, oder? Kennt ihr eine Initiative? Irgendwas, das sie gemacht haben? Und trotzdem sind vier von den zuletzt sieben Abgeordneten wieder dabei. Kann mir jemand sagen warum? Weil sie wissen, wo's in Brüssel den besten Lütticher Kaffee gibt?

**Oma Lilo:** Nun reg' dich mal nicht so auf. Hättest ja alternativ mal LIEBE wählen können. Tatsächlich ein Angebot auf dem Wahlzettel. ] [und fängt an zu singen] *There's nothing you can do that can't be done / Nothing you can sing that can't be sung ...*



„Waacksche Wohngruppe“ in der Schackstraße

## Otto Haesler als „Bauhaus“-Architekt (3)

100 Jahre Bauhaus – da möchte auch Celle touristisch mitspielen, hat doch der Architekt Otto Haesler hier einige „Duftmarken“ dieser Schule der Moderne gesetzt. Wir haben vor, ihn in den fünf Heften dieses Jahres selbst über seine Projekte sprechen zu lassen und den Text mit Fotos nicht nur zu illustrieren, sondern auch ein bisschen zum Leben zu erwecken. Diesmal geht's um die „Waacksche Wohngruppe“ in der Schackstraße. Die Textauszüge sind aus: Otto Haesler: Mein Lebenswerk als Architekt. Hrsg. von der deutschen Bauakademie, Berlin 1957.

Celle als Sitz des Oberlandesgerichtes hatte naturgemäß auch Bedarf an sehr großen Wohnungen. Die höheren Beamten bauten sich Einfamilienhäuser, aber sie mußten schon sehr bemittelt sein, um ihre hohen Wohnansprüche verwirklichen zu können. Für die weniger oder nicht bemittelten kamen Etagenwohnungen in Frage, die in der erforderlichen Größe meist nur in alten Häusern zu finden waren. Ich bekam den Auftrag, solche Wohnungen zu bauen und damit mußte ich auch die Frage prüfen, ob und wie es möglich sei, auch dieses Wohnprogramm günstiger zu verwirklichen als bisher. Die Wohnform des Einfamilienhauses konnte grundsätzlich beibehalten werden. Drei Wohnräume, dazu Küche und Nebenräume im Wohngeschoß, vier Schlafräume mit Bad im darüberliegenden Geschoß durch eine Treppe verbunden, das alles konnte bestehen bleiben. Aber all das erschwerende und verteuernde beim Einfamilienhaus mußte weitgehend vermieden werden. Ein ganzes Kellergeschoß, mit Waschküche und Heizung, ein ganzes Dachgeschoß nur für eine Wohnung wirkte belastend und verteuern. Für jedes Haus ein Bauplatz, besondere Zuleitungen und Anschlüsse für Kanal, Wasser, Gas und Elektrizität, Straßenanliegerbeitrag, Befestigung der Zu-

wege, Einfriedigung und anderes und alles das nur für eine Wohnung, ergab einmalige und laufende Aufwendungen, die selbst bei höherem Einkommen nicht oder nur sehr schwer tragbar waren. Aus dieser Überlegung ergab sich von selbst der Versuch - hier im Kleinen - 14 solcher Einfamilienhaus-Wohnungen wie im Etagenhaus neben- und übereinander so anzuordnen, daß sie von einem Etagentreppenhaus zugänglich waren, daneben aber noch eine zweite Treppe zur Verbindung der beiden Wohnengeschosse beibehielten. Gewiß führte hier der Weg zur Verbilligung zuerst über die Inkaufnahme eines Mehraufwandes, nämlich des Etagentreppenhauses. Aber die Gesamtersparnisse der zentralen Beheizung, die zentrale Waschküche mit besten Maschinen und Trockenräumen, die Verringerung der vielen Außenwände, der Fortfall der vielen Anschlüsse und die rationelleren Installationen, die ungleich günstigere Erschließung des Baugebietes, mit geringen Anliegerbeiträgen u. v. a. ergaben doch eine sehr beachtliche Senkung der Baukosten und der Mieten. Und die Tatsache, daß bei der Versetzung eines Mieters ein „Rennen“ nach diesen Wohnungen der Wohngruppe Waack in Celle einsetzte, ließ erkennen, daß bei dieser Wohnform mehr gegeben wurde, als aufgegeben werden mußte.

Ohne besondere Absicht und ohne besondere Aufwände ergab sich für diesen Komplex Einfamilienhäuser in Etagenform auch ein wirkungsvoller Formenausdruck. Durch die leicht vorspringenden Erker der Küchen konnte das dafür erforderliche Maß der Raumtiefe eingehalten werden, ohne alle anderen Räume der Wohn- und Schlafgeschosse mit einem Mehrmaß belasten zu müssen. Breite Balkone der Wohnräume,



Foto: Axel Hindemith



wie deren Fenster um die Gebäudeecken herumgeführt, und entsprechend schmalere vor den Schlafräumen ermöglichen den Austritt ins Freie. Garagen nach der Straße zu, darüber nur eine Einfamilienhausanordnung, das alles ist der grundlegende Inhalt für einen wirkungsvollen Formenausdruck dieser Gebäudegruppe und deren Einfügung in das Straßenbild.



Heutige Bewohner\*innen beklagen einen Sanierungsstau und protestieren mit Plakaten auf ihren Balkons, die sie aktuell nicht nutzen dürfen.



## Neues Bauen in Celle Analog und virtuell

Skepsis ist in der Regel geboten bei Produkten der *Celle Tourismus und Marketing GmbH*. Größtenteils gelungen aber ist die Internetpräsentation „Neues Bauen in Celle“, und das, obwohl's auf touristischen Mehrwert zielt. Die Infos zu Haesler und seinem Werk sind ausführlich, aber nicht zu detailverliebt; die Fotos sind – nicht immer, aber oft – mehr als Illustration. Die Drohnen-Videos sind zwar eine ästhetische Zumutung, aber wer den Ton abstellt, entdeckt vielleicht sogar das eine oder andere „Unbekannte“. In jedem Fall wird das architektonisch Neue in verständlicher Weise dargestellt. (Auch wenn ein lektorierender Blick sinnvoll gewesen wäre – dann müssten wir uns vielleicht nicht über eine Formulierung wie „*Menschen aus den einfacheren Schichten*“ ärgern.) Wer die Führung über das „Menü“ nutzt, wird auch einigermaßen komfortabel durch die Seiten geleitet. Gänzlich unpraktisch ist der Teil „Bauhaus-Veranstaltungen zum Jubiläumsjahr 2019“ - da findet sich nichts auf einen Blick. Und so muss es nicht wundern, dass beim Filter „*Nur Highlights anzeigen*“ als Ergebnis „*0 Treffer*“ kommt.

Alles in allem trotzdem eine gute Präsentation, die sogar einen guten Ausgangspunkt für tiefergehende Erweiterungen bietet: <https://bauhaus.celle-tourismus.de/>

Ziemlich analog dagegen sind die neuen Info-Stelen am Otto-Haesler-Rundweg. Das ist auf den ersten Blick rundum gelungen. Der rund 4,5 Kilometer lange Weg führt entlang von sieben wichtigen Gebäuden des Architekten. Interessierte erhalten über die neuen Info-Stelen einen guten Überblick und können per QR-Code zusätzliche Informationen auf der Website (siehe oben) abrufen.



„Gelernt haben wir nix, wir haben nur unseren Charakter gefestigt.“

## Katt Both – eine Bauhäuslerin in Celle



Frauen am Bauhaus – der ARD war's einen Themenabend wert (in der 3sat-Mediathek steht noch die Doku: „bauhausfrauen - Die vergessenen Pionierinnen einer Kunstbewegung“) und Patrick Rössler und Elizabeth Otto zeigen sie als „Wegweisende Künstlerinnen der Moderne“. Eine von ihnen hat einige Jahre

in Celle gearbeitet: Katt Both war zwischen 1929 und 1933 im Büro von Otto Haesler tätig und anschließend noch für kurze Zeit bei Hermann Bunzel. Am 20. Juni hält Ute Maasberg von der Architektenkammer Niedersachsen einen Vortrag über die „Bauhausschülerin im Atelier von Otto Haesler“. Wir skizzieren hier kurz ihr Leben, basierend auf der Dissertation von Corinna Isabel Bauer „Bauhaus- und Tessenow-Schülerinnen“ aus dem Jahr 2003.

1905 als fünfte Tochter in eine evangelische Pfarrersfamilie geboren, besucht sie in Rotenburg (Hessen) eine Gymnasialabteilung der dortigen Realschule. Seit dem

Wintersemester 1922 studiert sie zunächst an der Kunsthochschule Kassel, 1924 geht sie kurz an die Kunsthochschule Burg Giebichenstein in Halle (Saale), um nur wenige Monate später ins Bauhausstudium nach Weimar zu wechseln.

„Da bis zur Wiedereröffnung des Bauhauses in Dessau im Oktober 1925 kein Vorkurs stattfand, war Both im Sommer 1925 wahrscheinlich mit Ausbauarbeiten des Bauhausneubaus in Dessau beschäftigt. Im Wintersemester besucht sie die Grundlehre bei Albers und Moholy-Nagy bevor sie in die nun von Marcel Breuer geleitete Tischlerei eintritt. [...] In der Tischlerei wird sie ab dem Sommersemester 1926 als „Geselle“ geführt. Der von ihr entworfene „wandhohe Schrank“ wird im selben Jahr in das Warenmuster- und Lieferprogramm der Tischlerwerkstatt aufgenommen.“ (330f.)

1928 geht sie – ohne Abschluss – nach Berlin-Wilmersdorf, wo sie im Atelier Luckhardt und Anker mit einer Musterwohnung für die im Herbst stattfindende Ausstellung „Heim und Technik“ in München betraut wird. Für dieses Büro entwirft Both auch Grundrisse für Klein- und Geschosswohnungen im Auftrag der Reichsforschungsstelle.

Im März 1929 wird sie von Otto Haesler in Celle als erste weibliche Architektin, zuständig für Innenausstattungen, engagiert. Neben ihr holte sich Haesler noch zwei weitere Bauhäusler in sein Team: Hermann Bunzel und Walter Tralau. „*Kein deutsches Architekturbüro hatte so viel Input aus dem Bauhaus zu bieten*“, schrieb Ute Maasberg im Deutschen Architektenblatt. Der hohe Anteil an Bauhausschüler\*innen, so wird gemutmaßt, sei

u.a. Folge einer Exkursion des Bauhaus-Direktors Hannes Meyer mit Schüler\*innen nach Celle, wo unter Leitung von Haesler u.a. die Altstädter Schule besichtigt worden war.

In Haeslers Büro ist sie u.a. an den Projekten Dammerstock Karlsruhe, Rothenbergsiedlung Kassel, Friedrich-Ebert-Siedlung Rathenow, Jugendherberge Müden, Direktorenwohnhaus Celle und dem Aschrotthaus Kassel beteiligt.







Neben ihrer Mitwirkung unter den Männern im Büro Haesler (Foto) arbeitet sie immer wieder auch als Grafikerin und Fotografin. Erhalten sind die „Kartenlegerin“ (1929) und ein Reklameentwurf für „Attikah-Cigaretten“ (1931) – sowie „Bauhausfrauen in Aktion“ (1927) auf Seite 20 unten.

Als Haesler sein Büro in Celle aufgibt und nach Eutin geht, arbeitet Both noch kurz bei Hermann Bunzel und anschließend für unterschiedliche Architekturbüros in Kassel. Ende der 1930er Jahre kehrt sie nach Berlin zurück. Bei der Deutschen Arbeitsfront, dann in der Abt. Hauswirtschaft des Deutschen Frauenwerkes entwirft sie u.a. ein Frauenwohnheim sowie den Umbau eines Bauernhofes in eine Frauenschule im besetzten Polen. Ab Frühjahr 1942 arbeitet sie dann im Büro des bekannten Bauhaus-Architekten Ernst Neufert in Berlin. Nach Kriegsende kehrt sie nach Kassel zurück, baut ihr bombengeschädigtes Haus wieder auf und arbeitet dann zwanzig Jahre lang als Schätzerin in der Liegenschafts-abteilung Bauverwaltung der Stadt Kassel.

„Zur Verwirklichung der Bauaufgaben, die ich mir als Ziel meines Schaffens gesteckt habe und um deren willen ich die Schwierigkeiten des Berufes und die mir reichlich entgegengebrachte Herabsetzung aushielt, fand ich keine Möglichkeit“, beschreibt Both 1947 ihre Gründe, das engere Berufsfeld zu verlassen.

Kattina Both stirbt 1985 an einem Gehirntumor in Kassel.

„Gelernt haben wir nix, wir haben nur unseren Charakter gefestigt.“ So resümierte Katt Both ihre Bauhauszeit. Als Studentinnen seien Frauen am Bauhaus erwünscht gewesen, in der Architektur jedoch entbehrlich, wenn nicht als unerwünscht angesehen worden. „Frauen haben in der Architektur nichts zu suchen“, erinnert sich Both 1984 an die aus ihrer Sicht kaum misszuverstehende Haltung am Bauhaus.

Quelle: Corinna Isabel Bauer, Bauhaus- und Tessenow-Schülerinnen. Genderaspekte im Spannungsverhältnis von Tradition und Moderne, Kassel 2003



Auf der Baustelle Blumläger Feld - etwa 1930 , StA Celle

## Haesler-Museum und Fotoausstellung

Am 11. Mai wurde das Haesler-Museum wiedereröffnet. Es nimmt den sozialen Wohnungsbau in den Fokus, der dem Architekten zu seiner Bekanntheit verholfen hat. „Das Museum besteht aus einem ehemaligen Wasch- und Badehaus. Wir wollen den Menschen in den Vordergrund rücken. Daher werden sowohl die Architektur als auch die sozialen Hintergründe der Wohnungsnot in den 20er-Jahren betrachtet“, fasst Rudolf Becker, Geschäftsführer der Otto-Haesler-Stiftung, die Ausstellung zusammen. Das Museum kann von Mittwoch bis Samstag von 13 bis 18 Uhr im Galgenberg 13 in Celle besichtigt werden.

In der galerie dr. jochim (Magusstraße) läuft zudem noch bis zum 31. August eine Fotoausstellung. Haesler ließ seine „Bauten der Moderne“ bereits in den jeweiligen Rohbau aber auch Endfassungen umfassend dokumentieren. Ein Großteil dieser Fotos fertigte der Fotograf Arthur Köster (1890 – 1965), der ein wichtiger Vertreter der Architektur-fotografie war und die Architekturauffassungen des Neuen Bauens verbreitete. Das Hauptaugenmerk in dieser Ausstellung liegt auf den Celler Bauten.

Öffnungszeiten: Do - Fr 14 - 18 Uhr, Sa 11 - 16 Uhr



## Sind die Verbraucher\*innen schuld?

In den Ozeanen schwimmt so viel Kunststoffmüll in Form von Mikroplastik, dass bereits in den Gehirnen von Fischen und im Blut von Menschen Nanoteilchen aus Kunststoff gefunden worden sind.

### Warum ist eigentlich so viel aus Kunststoff?

Kunststoffe ermöglichen viele sinnvolle Anwendungen. Auch sind sie ökologisch sinnvoller Ersatz für nachwachsende Rohstoffe. Müsste sich die Textilindustrie z.B. auf natürliche Baumwolle beschränken, käme es wegen des hohen Wasserverbrauchs und Gifteinsatzes beim Anbau zu einer ökologischen Katastrophe, und es würde auch für die Bekleidung der Erdbevölkerung nicht reichen. Andererseits wird z.B. im Verpackungsbereich unnötig viel Kunststoff verbraucht. Der Grund ist, dass Kunststoffe relativ billig sind und dass sie sich extrem kostengünstig zu Verpackungen aller Art verarbeiten lassen. Kein Wunder also, dass die Weltproduktion von Kunststoffen von 1950 bis heute um mehr als das 200-fache gestiegen. Die Verpackungsindustrie macht in Deutschland 50 Mrd. Euro Umsatz. Und die Firmen des Dualen Systems machen mit der „Entsorgung“ von Kunststoffmüll 5 Milliarden Euro Umsatz pro Jahr. Für die Wirtschaft ist Kunststoffmüll also ein super Geschäft.



Foto: Daniel Müller / Greenpeace

Plastikmüll auf den Philippinen 2017

### Wie kommt deutscher Plastikmüll ins Meer?

Pro Jahr fallen in Deutschland 5,2 Mio. t (pro Kopf 200 kg) Plastikmüll an, überwiegend aus dem Verpackungsbereich. Davon werden ca. 15% wirklich recycelt, ca. 65% werden z.T. wenig effizient verbrannt und ca. 14% werden exportiert, früher nach China, jetzt u.a. nach Malaysia, Indonesien und Vietnam. Dort wird der Kunststoff teils zu minderwertigen Produkten recycelt, in der Masse aber abgefackelt oder ins Meer gekippt.

### Beispiel: Milchflaschen und Joghurtbecher

Für Milch wäre ein einfacher Beutel aus Polyethylen (PE) ökologisch die beste Lösung. Zweitbeste Lösung ist ein lokales Mehrweg-Glasflaschen-System. Auch Joghurt wäre in solch einem Mehrweg-System ökologisch ideal. Doch Joghurt im Mehrweg-Glas ist im Handel nur äußerst selten anzutreffen. Auch wer z.B. in Celle Biomilch kaufen will, bekommt die nur im Tetrapack aus Kunststoff und Pappe.

Die Demeter-Milch kommt in Mehrwegflaschen, aber aus ökologisch unsinnigen 500 – 800 km Entfernung. Dabei wären ökologisch günstige, universelle Mehrweg-Systeme, die für Milch, Joghurt, Marmelade, Getränke, ja sogar für Putzmittel und Kosmetika eingesetzt werden können, technisch und logistisch ohne weiteres machbar.

### Marketing statt sinnvoller Verpackung

Für Schutz vor Beschädigung beim Transport, zum Schutz vor Beschädigung und Diebstahl beim Verkauf, für Portionierung, für Schutz vor Verderb (Lebensmittel) und wegen der Hygiene (Lebensmittel) sind Verpackungen aus Kunststoffen wie z.B. reinem PE und PP (Polypropylen) durchaus sinnvoll. Doch derzeit wird dafür zu viel und oft gesundheitlich bedenklicher Kunststoff eingesetzt. Dabei könnten mit einem einheitlichen Mehrwegsystem im Lebensmittelbereich bis zu 70% des Kunststoffs eingespart werden. Doch alle Lebensmittelkonzerne lehnen dies derzeit ab. Verpackung ist nämlich für sie vor allem ein Werbungs- und Marketinginstrument.

### Was macht derzeit die Politik?

Verbot von Kunststoff für Q-Tippstäbchen, Trinkhalme, Einwegbecher und -geschirr sind bloße Feigenblattaktionen. Auch das aktuell vereinbarte UN-Verbot des Exports von Kunststoffmülls lässt alle Hintertüren offen. Die geplanten Maßnahmen wie 90% Recyclingquote bei Getränkeflaschen bis 2022 und die Erhöhung der Verwertungsquote auf 63 % bis 2022 sind wirkungslos, solange „Recycling“ und „Verwertung“ nicht eindeutig definiert sind.

### Was kann der/die Einzelne tun?

Beim Verpackungsmüll zeigt sich, dass die Verbraucher\*innen nur aus dem vorhandenen Angebot wählen können. Sie können soweit möglich verpackungsfrei kaufen (z.B. Selbstabfüllstationen für Milch). Doch das Angebot ist äußerst klein und wird – wegen Problemen mit Hygiene, Haftung und Handling (u.a. Zeitbedarf für Einkauf) – klein bleiben. Sie können auch beim Kauf auf das Material der Verpackung achten. Doch leider gibt es keine Kennzeichnungspflicht und die Codes sind nicht aussagekräftig. Bleibt den Verbraucher\*innen nur, Druck auf die Politik zu machen!

### Was müsste wirklich geschehen?

Verbot aller gesundheitlich bedenklichen Kunststoffe für Lebensmittel-Verpackungen. Verbot von Materialkombinationen, falls nicht unerlässlich. Einführung universeller Mehrweg-Pflicht-Systeme. Verbot von Kunststoffen für Transportverpackungen soweit funktional nicht unerlässlich. Exakte Kennzeichnungspflicht für alle Verpackungsmaterialien, auch für Beimischungen und Hilfsstoffe. Verbot des Handels mit Müll. Ende des „Dualen Systems“ (Müllabholung und Entsorgung aus einer Hand, d.h. kein Geschäft mit Müll). Thermische Verwertung mit Strom und Fernwärmegewinnung auch für Kunststoffabfälle. Gesetzliche Pflicht für echtes Recycling.

## Miethaie zu Fischstäbchen

Ich freue mich sehr, dass sich der Altenpfleger Davin Herbrüggen aus Oberhausen am Samstag beim Finale „Deutschland sucht den Superstar“ durchsetzte. Um so mehr würde ich mich freuen, wenn alle Altenpfleger\*innen einen Lohn erhielten, der in einem Flächentarifvertrag abgesichert wäre. Tariffucht breitet sich immer mehr aus. Wir müssen endlich Ross und Reiter nennen, um die Tariffüchtlinge zu markieren. Wie zum Beispiel die sogenannte „Unternehmensgruppe Friedrich“ aus Celle.

Guter Lohn für gute Arbeit! Alles Andere gehört ins 19. Jahrhundert!

Gespräche fordern auch die Kolleginnen und Kollegen unserer Gewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, die sich seit über einem Jahr für ein Weihnachtsgeld und für neue Regelungen im Rahmentarifvertrag des Gebäudereiniger-Handwerks einsetzen. Unter Tarifpartnern ist es üblich, dass man miteinander spricht. Dieses verweigern die Arbeitgeber der BAU. Sie sind nicht bereit zu verhandeln. Am 19. November 2018 gab es bereits einen bundesweiten Warnstreik. Wir fordern die Arbeitgeber auf: Kommen Sie endlich an den Verhandlungstisch!

Verweigerungshaltung begegnet uns auch in der causa AKH Celle. Es ist immer noch ungeklärt, wie das riesige Schuldenloch entstanden ist. Und die beiden (noch) großen Parteien im Landkreis kamen einer Einladung unserer Gewerkschaft ver.di zu einem klärenden Dialog nicht nach. Wir fragen uns: Was gibt es zu verheimlichen? Wie geht es weiter? Was ist der Weg in die Zu-

kunft? Für uns wird es aber heißen: Kampf um jeden Arbeitsplatz! Die Belegschaft soll nicht für die Miswirtschaft der Geschäftsleitungen bluten.

Und wir stellen zur Debatte: Wäre es nicht jetzt besser, einen klaren Schnitt zu machen?

Konkret: Rücktritt des gesamten Aufsichtsrates und ein Neubeginn in einem geänderten Format. Ein neuer Aufsichtsrat, in dem z.B. auch die Belegschaft stimmberechtigt wäre. [...]

Viel Musik ist auch in unserer laufenden Kampagne für bezahlbaren Wohnraum drin. Das ist nicht neu. Schon vor 40 Jahren demonstrierten wir mit der Parole „10% des Lohns für Miete“ durch Frankfurt. Da waren auch Hausbesetzungen kein Tabu. Heutzutage verschärft sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt. Insbesondere Familien mit Kindern, arme Alleinstehende, Geflüchtete und Alleinerziehende haben Probleme, finanzierbare Wohnungen zu finden.

Gut zu hören, dass in Berlin äußerst erfolgreich ein Volksbegehren angelaufen ist, das die Enteignung des Immobilienkonzerns Deutsche Wohnen fordert. Klar war, dass die Neoliberalen der FDP gleich auf den Plan traten und die Streichung des Artikels 15 des Grundgesetzes forderten. Der Artikel 15 ermöglicht die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln, Naturschätzen sowie von Grund und Boden. Dieser Artikel muss im Grundgesetz bleiben.

Wir unterstützen alle Initiativen, die die Wohnungsnot



bekämpfen – und sagen: Miethaie zu Fischstäbchen!

Fischstäbchen werden leider auch weggeschmissen. Unerträglich zu lesen, dass jährlich in Deutschland 18 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeschmissen werden. In Frankreich wird die Vernichtung von Lebensmitteln unter Strafe gestellt. In Deutschland werden die bestraft, die Lebensmittel retten. Wir sind bei denen, die durch containern den Finger in diese Wunde legen!

Und wir sind auch bei den Rentner\*innen, die sich nicht mehr ausreichend hochwertige Lebensmittel kaufen können. Die Altersarmut wächst, auch in Celle. Die Armutsrenten reichen nicht aus, ein Leben in Würde zu führen. Es bedarf einer großen gesellschaftlichen Anstrengung, die Lebensverhältnisse der alten Menschen so zu gestalten, dass ihre Lebensleistung anerkannt wird.

Zu einem Leben in Würde gehört auch das Leben in einer intakten Umwelt. Hier sind die Prognosen düster. Es geht nicht mehr nur um die Eisbären. Die Einschläge nehmen zu. Auch hier. Waldbetreiber im Landkreis befürchten einen weiteren Dürresommer. Gartenbesitzer\*innen bemerken, dass ihre Pumpen nicht mehr so zuverlässig Wasser fördern. Die Feinstaubbelastung nimmt zu.

In der Gesellschaft wächst das Bewusstsein, dass sich etwas ändern muss. Die Bewegung „Fridaysforfuture“ ist ein Ausdruck dieses Bewusstseins. Die Gewerkschaftsbewegung reagiert. So ruft die IG Metall für den 29. Juni zu einer bundesweiten Demonstration unter dem Label „Für eine soziale und ökologische Transformation“ in Berlin auf. Sie setzt sich damit dafür ein, die kommenden rasanten gesellschaftlichen Entwicklungen aus der Sicht der arbeitenden Bevölkerung zu gestalten.

Und auch den Gewerkschaften ist klar, dass es auf einem toten Planeten keine Jobs mehr geben wird. Zusammenfasst drückt die Parole „System change not climate change“ dies aus.

Einen Systemwechsel muss es auch in der Politik der EU geben. Wenn wir bei der kommenden Europaparlamentswahl sagen „Europa, jetzt aber richtig“, heißt das, dass die bisherige EU-Politik komplett neu aufgestellt werden muss. Das ist aber nicht in Sicht. [...]

Ein soziales Europa, das seinen Namen verdient, ist mit dieser EU nicht zu machen. Die soziale Idee Brüssels basiert auf einem neoliberalen Sozialbegriff. Dabei müsste soziale Politik darauf abzielen, die Menschen vor den Märkten und jenen, die sie dominieren, zu schützen, also anti-neoliberal sein.

Das ist kein Plädoyer für einen Wahlboykott. Aber ein Plädoyer dafür, diejenigen abzuwählen, die die bisherige Politik in Brüssel gestaltet haben. Denn eine wirklich soziale Ausrichtung der EU wäre ein Garant gegen die weitere Trumpisierung in Europa.

Ein anderes Europa ist möglich – es liegt an uns. [...]

## Rheinmetall entwaffnen Camp & Demonstration

Wie schon im vergangenen Jahr ruft für die erste Septemberwoche ein Bündnis dazu auf, vor Ort in Unterlüß gegen die Rüstungs- und Rüstungsexportpolitik des Rheinmetall Konzerns zu protestieren. Im Zentrum steht erneut ein Camp auf dem Dorfplatz, das vom 1. bis zum 9. September 2019 läuft und Platz bietet für Information, Diskussion und Aktionsvorbereitungen. Am Samstag, den 7. September, findet mit Ausgangspunkt am Bahnhof ab 13 Uhr eine Demonstration zu den Werkstoren statt.

Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns noch die Nachricht, dass das Verwaltungsgericht Lüneburg entschieden hat, dass bei der Demo-Anmeldung von JunePa 2017 die Route zum Werk Neulüß nicht hätte verwehrt werden dürfen. Eine kleine Schlappe für den Landkreis Celle, der dies als Versammlungsbehörde nicht genehmigt hatte.

Im Camp gibt es ein vielfältiges Programmangebot mit Schwerpunkten zur Geschichte Rheinmetalls im Ersten und Zweiten Weltkrieg (u.a. Zwangsarbeit) sowie zur aktuellen Politik des Konzerns.

Unabhängig von Camp und Demonstration wird eine Blockade vorbereitet – dazu etwas zu sagen, ist aber zu früh.

Zu Programm, Aktionen und Demonstration gibt es aktuell Informationen auf der Web- bzw. Facebookseite und sogar Twitter:

<https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/>

<https://www.facebook.com/RheinmetallEntwaffnen/>

<https://twitter.com/rentwaffnen>

Bundesweit wird mit Plakaten, Flyern und Postkarten schon für die Protestwoche aufgerufen (unten z.B. auf einer Maidemo in Berlin) – wer ein kleines Infopaket mit Materialien zum Aufhängen und Verteilen habe will, kann dies per e-mail bestellen über

E-Mail an: [rheinmetall-entwaffnen@riseup.net](mailto:rheinmetall-entwaffnen@riseup.net)



## Copenhagenezelle!!



Nicht etwa das westfälische Münster und auch nicht das große Amsterdam: Die dänische Hauptstadt Kopenhagen ist die Hauptstadt des Radfahrens. Glaubt der deutsche Stadtwanderer noch, er habe mit der Bordsteinkante die sichere Seite der Straße für den Fußmenschen erreicht, so ist lediglich der „Cykel-highway“ erreicht, die Rennstrecke für Pedalisten. Und in der Tat: Diese Mentalität eines Vorranges für Radler\*innen ist deutlich spürbar.

Nicht das Auto, auch nicht die gehenden Menschen sind die Hauptakteure im Stadtverkehr in Kopenhagen, - ganz deutlich richtet sich die überwiegende Aufmerksamkeit nach dem Fahrrad:

Es gibt baulich getrennt Wege für die Verkehrsteilnehmer\*Innen; gar eigene Ampeln und an besonderen Rennstrecken Zebrastrifen über Radwege.

Die Pedaleure haben unter sich eine stricte Disziplin: Handzeichen beim Abbiegen (auch beim Anhalten!) und geduldiges Einfädeln, und vor der Radampel: Schlange stehen.

Während es in Deutschland schon beängstigend sein kann, neben 30-Tonnern eine innerstädtische Magistrale runter zu radeln, so fühlte sich der Celler Oldie recht sicher auf seiner separaten Fahrbahn entlang der Hauptader zum Hauptbahnhof; - allerdings wird auf dem Cykelsti bei ausreichendem Platz auch temporeich überholt – Einheimische sind eben nicht in einem solchen sightseeing-Modus wie der gemeine Touri.

Für Tourist\*innen insbesondere stehen E-Bikes zur Verfügung, die - anders als etwa die blau-weißen Osloer Modelle oder die alten Räder in Dänemark selbst - einen hohen Standard haben; Ordern des Rades, Einchecken,

Abholen und Abliefern am Ende der Fahrt: all das wird mit dem smartphone organisiert. Die Räder werden geladen und überwacht von Online-Diensten und es gibt ausreichend viele Rückgabestellen besonders im City-Bereich.

Allerdings sind die Räder nicht eben leicht, die Zulade-Möglichkeiten (Gepäckträger), sind bescheiden, das Navi funktioniert nicht immer fehlerfrei und kosten tut der Spaß auch einiges: circa 6 €/ Stunde! Wir hatten viel mehr Freude an den alten, aber gut laufenden 3-Gang Drahteseln vom Hotel.

Und es ist eben tatsächlich ein Gefühl der Privilegiertheit eine Brücke ganz für uns Radfahrer\*innen allein zu haben, um innerhalb der Stadt die zahlreichen Kanäle zu kreuzen.

Diese stadtplanerische Entscheidungshaltung hat in der Tat dazu geführt, dass - je nach Quellenlage – annähernd 50% der innerstädtischen Kurzfahrten in Kopenhagen mit dem Rad durchgeführt werden, während es etwa in Berlin unter 20% sind (sogar die deutsche Fahrradhauptstadt Münster kommt hier nur auf knapp 30%). Anfänglich wurde die Zahl der Radfahrer daher noch von menschlichen Mitarbeitern erfasst, inzwischen haben zwanzig über das Stadtgebiet verteilte Sensoren diese Aufgabe übernommen. Das Ergebnis dieser Messungen ist dabei durchaus erfreulich: Demnach gibt es in Kopenhagen 265.700 genutzte Fahrräder. Zum Vergleich: Die Zahl der angemeldeten Autos liegt bei 252.600.

Verbesserungswürdig allerdings ist in jedem Falle die Umsteigemöglichkeit vom Rad auf Bahnen des Nahverkehrs; zwar sind die Züge der recht kurz getakteten S-Bahn in der Stadt auf die Mitnahme der Räder eingerichtet, jedoch die alten Bahnhöfe sind es nicht. Im Innenstadtbereich haben wir einen ride+ride Bahnhof oberhalb einer S-Bahnstation gefunden

Während der Radverkehr alleine im letzten Jahr um





fünfzehn Prozent zunahm, sank die Autonutzung sogar leicht. Aktuell werden den erhobenen Zahlen zufolge immerhin 46 Prozent der innerstädtischen Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt. Die Stadtverwaltung hat allerdings bereits verkündet, diesen Wert bis zum Jahr 2025 auf fünfzig Prozent steigern zu wollen.

Derweil in Celle die *Schwarze Null* auf eine Luft-PumpStation vorm Rathaus besonders stolz ist, findet sich in Kopenhagen an jeder zweiten Straßenkreuzung eine kleiner Fahrradladen, dabei hat der Gast nicht den Eindruck, das Fahrrad wäre ein Prestige-Teil; es ist ein Alltags und Gebrauchsgegenstand. Das legendäre Christiania-Lastenbike gibt es allerdings erst ab stolzen 1400 €; Helme werden im Übrigen nicht allzu häufig aufgesetzt.

Für uns Radfahrer\*innen war Kopenhagen sogar bei empfindlicher Kälte: wonderful; anbei ein Link zu einem Ausstellungskatalog

<https://www.zukunft-mobilitaet.net/wp-content/uploads/2014/11/ausstellung-the-good-city-radverkehr-kopenhagen.pdf>



## Sackgasse Elektroauto

VW-Chef Herbert Diess hat in den letzten Wochen viel Wind gemacht um das Elektroauto. Es soll die Mobilität auf vier Rädern retten. Auf dem größten Automarkt des Planeten – China – gibt es eine Quotenregelung, die VW und auch die andern deutschen Konzerne nicht einzuhalten wissen, d.h. sie müssen ein wettbewerbsfähiges E-Auto entwickeln, um auf dem Markt weiter Profite einfahren zu können. Und auch in der EU müssen sie mehr E-Autos verkaufen, weil die – ein schlechter Witz – als CO2-frei eingestuft werden und so die Emissionen der gesamten Konzernflotte senken. Dies und vieles mehr erklärt Winfried Wolf in seinem neuen Buch.

Wolf beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit Mobilität und ist von daher in der Lage, Langfrist-Strategien der Konzerne zu analysieren zu zu beschreiben. Das E-Auto ist dabei nur eine Variante zur Intensivierung der individuellen Mobilität

Aus seiner Sicht führt das Elektroauto aus drei Gründen in die nächste Sackgasse. Erstens, weil unter den gegebenen Bedingungen ein E-Pkw im Lebenszyklus maximal 25 % weniger CO<sub>2</sub> emittiert als ein Benziner oder Diesel. Gleichzeitig wird die Zahl der Autos mit herkömmlichen Antrieben pro Jahr um 70 bis 100 Millionen wachsen. Und deshalb steigt die Gesamtsumme der CO<sub>2</sub>-Belastung von Jahr zu Jahr deutlich an.

Schon seit Jahren plädiert Wolf gleichzeitig für Elektromobilität, und zwar eine die es seit Jahrzehnten gibt: die nämlich auf der Schiene. Daneben geht es ihm z.B. um eine Entwicklung hin zur Stadt der kurzen Wege.

Wolf, Winfried: Mit dem Elektroauto in die Sackgasse. Warum E-Mobilität den Klimawandel beschleunigt, Promedia 2019. 216 S., ISBN: 978-3-85371-450-8, € 17,90



## „Haesler, für ein neues Celle“

War Otto Haesler, der „Erfinder“ des sozialen Wohnungsbaus eigentlich Jude? Wie hat er die Nazizeit er- und überlebt – diese Fragen bleiben unbeantwortet, wenn am Ende des Abends Stefanie Winner zu einer Bilder-Collage mit dem *Bauhaus-Rap* ein ziemliches Brett abstellt.

Die vom Schlosstheater haben sich es nicht nehmen lassen, das diesjährige Bauhaus-Jubiläum in Gestalt einer Personenbeschreibung des seinerzeit in Celle tätigen Architekten zu begehen. Aber Dramaturg Matthias Schubert und Regisseur Sebastian R. Richter gehen unkonventionelle Wege: Sie beschreiben Person, Wirken und Zeitgeschichte indirekt, lassen etwa den ehemaligen Bürgermeister Meyer, den amerikanischen Autor/dandy/criticus Tom Wolfe und auch ein Ensemble von „einfachen Leuten“ zu Wort kommen. Und die sprechen ÜBER den Gestalter von etlichen Gebäuden in Celle – Altstädter Schule, Italienischer Garten, Blumläger Feld, die Waackschen Blocks. Die drei Darsteller – neben Winner noch Tanja Kübler und Thomas Wenzel (großartig charmant als Schuldirektor Ohlendorf) nutzen unterschiedliche Formen der theatralen Arbeit, rezitieren choris/choreografisch das „Bauhaus-Manifest“; spielen pantomimisch



V.l.n.r.: Thomas Wenzel, Tanja Kübler, Stefanie Winner, Foto: Hubertus Blume

den Arbeitsalltag in einem Architekturbüro nach. Dass dabei einiges („Leite mich“) gewissermaßen unangebunden bleibt, kann der Abend ohne weiteres verkraften. Die Vielfalt der genutzten Quellen rutscht eben gerade nicht in Beliebigkeit ab. Indem die Aufführung einen ganzen Strauß an Sichtweisen anbietet, werden wir Besucher\*innen ernstgenommen und eben endlich einmal nicht durch die allinformierte Kunst „bevortragt“, sondern vielmehr ermuntert, uns – bei gewecktem Interesse – weiter mit Person und Zeitgeschichte zu befassen.



Thomas Wenzel, Foto: Hubertus Blume

Dieser Theaterabend regt an; - und ist richtig-richtig cool !!

Eine kleine Anekdote: Johannes Habekost, der heutige Schuldirektor des Gymnasiums Ernestinum, konnte Darsteller\*innen und Regie bei einer späteren Vorstellung mit einem kleinen Präsent „Honigs ums Maul“ schmieren. Nochmal charmant!!

Termine im Juni: Mi., 5.6.; Do., 6.6.; Sa., 8.6., Sa., 16.06.; Mi. 26.6., Do., 27.6.

Lachy Doley Group im Herzog Ernst

## Keyboard - Power - Rockblues - Ekstase

Das Power-Trio ist eine Urform des weißen Bluesrock – Gitarre, Bass, Schlagzeug, zu ersten Höhen gebracht durch Cream, Taste und Jimi Hendrix Experience. Und ja, manchmal sind's die Keyboards anstelle der Gitarre, vorzugsweise mit einer Hammond-Orgel im Zentrum.

Und ein solches Trio mit einem charismatischen Tastengott beehrte Mitte Mai den Herzog Ernst in Celle: die Lachy Doley Group.

Doch Lachy Doley wirbelt nicht nur über die Tasten der Hammond A 100, er hat auch ein besonderes Tasteninstrument dabei, das Hohner Whammy Clavinet (siehe Foto rechts). Das ist ein Keyboard mit 5 Oktaven und einem Stahlbügel oben drauf, dem sogenannten Whammy Bar, mit dem wie bei einer Gitarre die Töne durch Drücken moduliert werden können. Und bei Doley klingt es auch wie eine Gitarre.

Dazu kommt, dass der Bandleader auch gesanglich ein unglaubliches Spektrum abdeckt: Er kann den souligen Crooner genauso wie den Bluesrocker, und das alles mit einer Energie, die nicht nur ihn, sondern auch das Publikum nahe an die Atemlosigkeit bringt. Die Fotos können es nicht richtig einfangen, aber – für einen Tastenmann sehr ungewöhnlich – ist er während der gesamten Show so „hyperaktiv“ wie ein schwarzer Gospel-Prediger, die er auch gelegentlich imitiert oder ironisiert, wenn er mit dem Zeigefinger der linken Hand die Worte verstärkt.

Niemand wird es jetzt wundern, dass auch Chris Pearson am Bass und Jackie Barnes an den Drums sich nicht hinter ihrem Frontmann verstecken müssen. Pearson gibt den klassischen Stoiker, der mit seinem Fender Precision Bass das macht, was der Name vorgibt: Präzision mit einem sonoren Ton ohne viel Schnick-Schnack. Barnes ist



einer aus dieser neuen Generation super ausgebildeter Drummer, die alles können – und auf dem kleinen Tour-Set dann auch alles machen.

Das Repertoire der Band fußt auf Blues und Soul – mit einer gelegentlichen Prise Funk. Zum größten Teil spielen sie eigenes Material, überraschen das Publikum dann aber auch mal mit Hendrix' „Little Wing“ und ballern als Zugabe noch „Gimme some lovin“ von Spencer Davis raus.

Kurzum: Wer nicht da war, hat „echt“ etwas verpasst. Aber – und das ist eine kleine Überraschung – Doley gelingt es, einen größeren Teil der Energie, die seinen Konzerte ausmachen, auch im Studio einzufangen. Das fünfte Studio-Album der Band „Make or Break“ ist seit März auf dem Markt. Die zehn Stücke des Albums lassen sich komplett auf der Webseite der Band durchhören – Teil der aktuellen Toursetliste sind u.a. „The Greatest Blues“, „Can't Get Close To You“, „Make Or Break“, „A Woman“ und „Cruel World“.

Die ganze Webseite ist sehr publikumsfreundlich, auch andere Alben wie „Live At Blues On Broadbeach 2016“ können komplett durchgehört werden; das ganze Konzert ist auch bei youtube eingestellt. Ein Best-Of mit 11 Stücken gibt es zum kostenlosen Download.

\*\*\*

Am Montag, den 10. Juni, ist für 19 Uhr (?) im Herzog Ernst eine weitere Band mit einem exzellenten Keyboarder – die Berliner Jazzrock-Fusion-Band **b3**, die wie schon im vergangenen Jahr mit dem Gitarristen und Sänger Ron Spielman kommt. Das ist dann mal nicht allzuviel Blues, aber dafür technisch vom Feinsten & ziemlich klassisch jazz-rockig.



Fotos: Wolfgang Heermann

Rede von Hans-Dietrich Springhorn auf dem sowjetischen Friedhof in Belsen-Hörsten

## Keine Panzer und Kanonen Richtung Osten

Am 28. April 2019 hielt Hans-Dietrich Springhorn auf der Veranstaltung der AG Bergen-Belsen auf dem sowjetischen Kriegsgefangenenfriedhof in Belsen-Hörsten eine Rede, die wir hier dokumentieren:

Liebe Gäste aus dem Ausland, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter für eine friedliche Welt,

mein Name ist Hans-Dietrich Springhorn, ich bin ein pensionierter Eisenbahn-Ingenieur und habe mein ganzes Berufsleben bei der Deutschen Bundesbahn und später bei der Deutschen Bahn AG in HH verbracht.

Politiert wurde ich durch die Studentenbewegung, später durch die Bewegung gegen den Vietnamkrieg, die Diktatur in Chile und dann in den 80-Jahren mit der Friedensbewegung in unserem Land und weltweit.



Gegen Pershing II und die so genannte „Nachrüstung“ war ich Mitgründer der bundesweiten Initiative „Eisenbahner für den Frieden“ und aktiver Bestandteil der Friedensbewegung. Wir haben damals festgestellt, dass die Eisenbahn und das Eisenbahner leider eine ganz wichtige und schlimme Rolle im 2. Weltkrieg und im Faschismus gespielt haben. Die Parole hieß damals: Räder rollen für den Sieg! Ohne Eisenbahntransporte hätten es kein Panzer und keine Kanone an die Front geschafft und die millionenfache Deportationen und das Massenmorden wären nicht möglich gewesen. Alles wurde ganz „ordentlich“ auf Heller und Pfennig geplant und abgerechnet. Was hat das alles mit hier und heute zu tun?

Sehr viel, denn weder das Deutsche Militär, also die Bundeswehr, noch unsere Bundesregierung und die sie tragenden Parteien, aber auch die Grünen und die FDP, haben aus der Geschichte gelernt! Denn schon wieder wird die Eisenbahn, werden die Eisenbahner an die „Ost-Front“ geschickt und die Parole Räder rollen für den Sieg ist wieder aktuell.

Im Dezember 2018 hat das Verteidigungsministerium mit der DB Cargo AG einen Rahmenfrachtvertrag für in-

ternationale Schienentransporte geschlossen – vorerst für zwei Jahre. Der Vertrag hat einen Wert von beinahe 100 Millionen Euro und ist wirksam seit dem 1. Januar 2019. Seit diesem Datum, also seit Anfang dieses Jahres ist die Bundeswehr für zwölf Monate die „Speerspitze“ der Nato im Baltikum, dort finden ständig große Militärübungen unmittelbar an der Grenze zu Russland statt.

Dieser Vertrag regelt die verbindliche Bereitstellung von Güterwagen, Lokomotiven, Verladekapazitäten und Trassen für den Transport der Bundeswehr und der Nato. Auch geregelt ist, dass diese Militärzüge absolute Vorfahrt haben. Der ICE landet auf dem Abstellgleis und muss stehen bleiben, wenn die Truppentransporte rollen.

Kein Mensch hat etwas gegen die Forderung „Mehr Güter auf die Bahn!“ Aber nicht schon wieder Panzer und Kanonen in Richtung Osten.

Das hatten wir schon mal und das wollen wir nicht!

Noch eine weitere unfassbare Tatsache: Einer der vertraglich fixierten Verladepunkte in Norddeutschland befindet sich in unmittelbarer Nähe – in Bergen-Belsen. Die Panzer und Kanonenverladung findet genau an der Verladerampe statt, von der die Todesmärsche bis zum Ende des 2. Weltkrieges und zur Befreiung – direkt ins KZ führten.

Ich bin in der Südheide, in Müden/Örtze aufgewachsen und fordere die Politiker und die politischen und kirchlichen Organisationen in unserer Region und darüber hinaus auf, wehret den Anfängen. Schon wieder wird alles sorgfältig geplant und genau verrechnet.

Im Art. 26, Grundgesetz heißt es:

*(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.*

Es ist ungeheuerlich, dass diese fast stillschweigende dafür aber langfristig und vertraglich abgesicherte wahnwitzige Aufrüstungs- und Militärpolitik – die gegen das GG verstößt - öffentlich in unserer Region bisher überhaupt keine Rolle spielt. Vielen Dank!



## Zu Legenden über die „Rosinenbomber“

Neben Eugen Sängers hochfliegenden Raketenplänen, der Beteiligung an der Zerstörung Rotterdams durch das Bomberkommando Wevers (1940) und einer „unendlichen Geschichte“ um seine Hakenkreuzglocke kann Faßberg in diesen Tagen auf einen lobenswerten Teil am „Weltgeschehen“ zurückblicken. In diesem Jahr feiert die Gemeinde das 70-jährige Ende der „Luftbrücke“. Ihr Anteil daran war nicht ohne!

1/3 der transportierten Steinkohle ging vom britisch besetzten Flugplatz Faßberg aus und versorgte die hungrige und frierende Berliner Bevölkerung, weil die „Sofjetts“ ihre Machthoheit missbrauchten, um die Verkehrswege in und um Berlin abzuriegeln.

Sie erschienen im Sommer 1948 am Himmel über Westberlin, warfen Süßigkeiten an Fallschirmen ab, brachten Kohle, Lebensmittel und retteten die Westberliner vorm Verhungern. So sagt es die Legende über die „Rosinenbomber“ – bis heute.

Die Blockade der Verkehrswege nach und von Berlin sorgte für Misstrauen unter den westlichen Alliierten und vermischte ihnen den Erfolg mit der vorab stattgefundenen Währungsreform (am 20.6.48) in den von den Westalliierten besetzten Zonen.

Obwohl die Proteste gegen die Einführung der D-Mark für massenhaften Widerstand sorgten und mit dem ersten (und einzigen) Generalstreik in den besetzten westlichen Zonen am 12.11.1948 die Besorgnis der westlichen Alliierten vor einem Linksruck schürten.



„Hungerkralle“ in Wietzenbruch

Dabei war Stalins Karriere als erfolgreicher Massenmörder noch gar nicht bis in alle Kanäle vorgedrungen. Zu groß war der Anteil der SU an der erfolgreichen Niederschlagung Nazideutschlands, zu groß auch der „Blutzoll“, den das Land mit über 20 Millionen Menschenleben bezahlt hatte. Einen „Ausgleich“ hätte dieses geschundene Land wahrlich verdient.

Doch speziell die USA fürchteten um ihre kriegsbedingt heißgelaufene Industrie, spekulierte auf kommende Absatzmärkte und globale Vormachtstellung. Die Vorleistungen wären zudem letztlich vom Steuerzahler aufzubringen, um deren Zustimmung die Mächtigen der Westallianz sich keine Sorgen zu machen brauchten, denn die Bevölkerung wurde einfach nicht gefragt. Hilfwillige „Carepakete“ waren kein Ausweg vor Hunger und Not, eine Zustimmung zu humanitären Unterstützungsaktionen konnte vorausgesetzt werden.

Die Geschichte mit den Nazis war nach nur drei Jahren schon eine Weile her, da galt es, das eine oder andere rechte Auge zu zudrücken. Für die anfallenden und kommenden Verwaltungsaufgaben brauchte man zudem Leute mit Erfahrung. Ebenso versprochen Aufbau und Entwicklung von Industrie, Handel und Landwirtschaft einiges an Extragewinnen. In dieser prekären Situation störten die Altnazis weniger als die permanent penetrierenden Sowjets mit ihrem Beharren auf Reparationen, Täterverfolgung und Einheitsgetöse.

Wie sagte schon Carl Schmitt so schön: „*Der Feind meines Feindes ist mein Freund*“. Und so wurden die Amerikaner, die eben noch der Feind gewesen waren, zu unseren Freunden, wurden aus Besatzern Beschützer.

„*Eine Entwicklung, die sich die meisten vorher nicht hätten vorstellen können. Die Dankbarkeit gegenüber den Amerikanern überwog bald, auch die Rührung, schließlich hatten die Deutschen gerade immenses Leid über Europa gebracht, und die Staatengemeinschaft war längst nicht bereit, sie wieder als vollwertiges Mitglied aufzunehmen.*“ (Der Tagesspiegel, 24.08.2018)

Diese und andere Überlegungen führten schließlich zur Einrichtung einer versorgungstechnischen Luftbrücke. Eine militärische Konfrontation mit der Sowjetunion war nicht opportun und nach allen Berechnungen auch zu teuer. Gemäß der Devise „Think Big“ organisierten Amerikaner und Briten eine fliegerische und logistische Meisterleistung, um die abgeschnittenen Teile Westberlins zu versorgen.

Denn aufgeben wollten sie diese Enklave in der sowjetischen Besatzungszone nicht. Schon längst ging es um Ein- und Abgrenzung gegenüber der SU, die sowieso ihren Einfluss unabhängig von Wahlergebnissen geltend machte und auf die Beschlüsse der Kriegskonferenzen

von Potsdam, Jalta und London pochte.

Die Bevölkerung des aufgeteilten Deutschland hatte sich letztendlich zu entscheiden. „Russen“ oder „Amis“ - Wiedervereinigung hin oder her. Das Ergebnis war jedenfalls zweigeteilt, ähnlich die Erinnerungskultur.

„Historiker interessieren nicht in diesem Raum“, sagt ein Zuhörer. Hier geht es um das persönliche Erinnern, das des Einzelnen und „natürlich gingen wir nicht nach Brandenburg, um Kartoffeln zu kaufen, sondern haben fein säuberlich gehungert. Das war eine Frage des Stolzes.“ (Der Tagesspiegel, 24.04.18)

Auf der einen Seite die Nostalgiker, die ihre persönlichen Erinnerungen und vor allem das Gefühl ihrer gemeinsamen Notsituation teilen, auf der anderen Seite Historiker, die von außen einen kritischen Blick auf die Zusammenhänge werfen. Persönlich Erinnerungsgeschichtchen contra historische Analyse im Umgang mit Geschichte! Beides passt nicht zusammen! - Was bleibt?

Der Treueeid fürs „freie“ Amerika. Das Verdrängen der eigenen Verstrickungen. Ein Neuanfang mit altem und neuem Feindbild.

Die Luftbrücke wird zu einem der zentralen Mythen in der Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik und auch reichlich versilbert. - Die Rechte am Abwurf von Süßigkeiten gehen an einen amerikanischen Süßwarenhersteller, die Sponsorenliste für das Spektakel um die 30 letzten noch fliegenden „Rosinenbomber“ ist voller illustrierter Geldgeber.

Der Bundespräsident übernimmt die Schirmherrschaft. Die Bundeswehr kann sich als sorgender Freund und Unterstützer gerieren. Die Schulen werden mit eingesperrt, können mit ihrem Film über die Zeitzeugenbefragung endlich „Geschichte zum Anfassen“ erleben. Und sogar an die Spottergemeinde wird mit einem Extratermin und speziellen Überflugaktionen gedacht.

Übrig bleibt ein Bündel von Fragen. Fragen, wer die Kosten übernommen hat; Fragen nach dem Verteilungsmodus, wer musste was und wieviel bezahlen; Fragen nach der Bedeutung von Schwarzmarkt, dem Grad der Abriegelung von West-Berlin und dem Handelsaustausch mit dem sowjetisch besetzten Umland.

Und nicht zuletzt: Was ist während der drei Jahre nach dem Kriegsende passiert, um aus erbitterten Feinden plötzlich befreundete Verbündete zu machen?

Ach ja! - Der spätere US-Außenminister John Foster Dulles sagte im Januar 1949 in kleinem Kreis in Paris:

„Zu jeder Zeit hätte man die Situation in Berlin klären können [...] Die gegenwärtige Lage ist jedoch für die USA aus propagandistischen Gründen sehr vorteilhaft. Dabei gewinnen wir das Ansehen, die Bevölkerung von Berlin vor dem Hungertod bewahrt zu haben, die Russen aber erhalten die ganze Schuld wegen ihrer Sperrmaßnahmen.“

Dem ist nichts hinzu zu fügen!

## Menschen in Bergen-Belsen Biografische Skizzen

Das KZ Bergen-Belsen ist vor allem durch die kurz nach der Befreiung entstandenen Bilder britischer Militärfotografen zu einem Synonym für die nationalsozialistischen Massenverbrechen geworden. Doch trotz langjähriger Forschung ist bis heute nur weniger als die Hälfte der Häftlinge dieses Konzentrationslagers namentlich bekannt. Umso bedeutsamer erscheint es deshalb, zumindest einige von ihnen durch biografische Skizzen erstmals oder erneut vorzustellen - Prominente und Unbekannte, Todesopfer ebenso wie Überlebende. Das Spektrum der Biografien umfasst Persönlichkeiten unterschiedlichster sozialer und nationaler Zugehörigkeit, deren Lebenswege und Leistungen auch durch zahlreiche Bilddokumente veranschaulicht werden; unten z.B. ein Bild von Ceija Stojka.

Vorgestellt werden Josef Čapek, György Dénes, Zeev Fischler, Michel Flicx, Anne Frank, Heinz Galinski, Maria Gniatczyk, Hans Goslar, Hans Grans, Anastasija Gulej, Clemens Högg, Heinrich Jasper, Rudolf Küstermeier, Augustin Malroux, Boris Pahor, Georg Rosenbaum, Ceijka Stojka, Simone Veil und Willi Zimmt.

Thomas Rahe und Jens-Christian Wagner haben sich und den anderen 12 Beiträger\*innen einige Vorgaben gemacht, die einen sinnvollen Einfluss auf die Einheitlichkeit und letztlich auch Lesbarkeit des Bandes haben. Denn das Buch ist weniger ein Beitrag zur wissenschaftlichen Aufarbeitung als vielmehr Teil einer breiten Erinnerungskultur – und zielt insoweit auf eine Leserschaft jenseits des Fachpublikums. Es ist auch vorstellbar, dass mit den biografischen Skizzen im Unterricht gearbeitet werden könnte.

Ein kleines Ärgernis sei erwähnt: Karen Bär behauptet in ihrem Beitrag zu Heinz Galinski, dass die RAF 1975 einen Paketbombenanschlag auf ihn verübt habe. Auch wenn sie dazu ein Bekennerschreiben meint präsentieren zu können. Eine Täterschaft der RAF ist nie belegt worden, wozu anzumerken ist, dass die RAF sich immer zu ihren Aktionen bekannt hat. Aber eben nicht zu dem Anschlag auf Galinski.

Menschen in Bergen-Belsen. Biografische Skizzen zu Häftlingen des Konzentrationslagers. Herausgegeben von Thomas Rahe und Jens-Christian Wagner, Wallstein (Göttingen), 272 S., ISBN: 978-3-8353-1631-7, € 22,00



Ceija Stojka - Sans Titre (ohne Titel)

# Nazis feiern „Fest der Volksmusik“ in Eschede

Am 22.06.2019 findet auf dem Hof des NPD-Mitglieds Joachim Nahtz in Eschede wieder eine Sommersonnenwendfeier statt, organisiert von NPD, JN und Düütschen Deerns. Es wird auf mehreren NPD-Facebookseiten dafür geworben, dennoch wird dieses Nazievent als Privatveranstaltung des NPD Landesverbands Niedersachsen bezeichnet. Der Aufbau soll bereits um 10 Uhr beginnen, um 15 Uhr soll dann das „Fest“ starten. Neben „Volkstanz und Musik“ wird auch ein Kinderprogramm angeboten, was Anlass zur Befürchtung gibt, dass wieder etliche Kinder der rassistischen und neonazistischen Indoktrination ausgesetzt werden.

Dieses Jahr also ein Fest der Volksmusik. Eigentlich ist unter diesem Titel eine ARD-Sendung des Grauens bekannt: Volkstümliche Musik im Abendprogramm, moderiert von Florian Silbereisen. Volksmusik scheint unverdächtig, da das Teutsche Liedgut scheinbar kollektiver Kulturbestand ist und Teile davon zu jeder Lagerfeuerromantik gehören. Volksmusik vermittelt „Heimatverbundenheit“, wirkt verbindend und hat daher auch immer ein abgrenzendes und ausgrenzendes Element. Das passt hervorragend zur Weltanschauung der NPD, die sich als „soziale Heimatpartei“ bezeichnet und eine homogene „Volkscommunity“ anstrebt, die Zugehörigkeit zu dieser über die „Rasse“ bestimmt, oder, wie die sich moderner gebenden Nazis formulieren, über die Ethnie. Faktisch ist das „Fest der Volksmusik“ ein Treffen von Rassist\*innen und Neofaschist\*innen. Es dient dem inneren Zusammenhalt und der gegenseitigen Stärkung und Vernetzung.

Das kann nicht widerspruchlos hingenommen werden. **Am 22.06.2019 findet eine Demonstration in Eschede gegen dieses Nazitreffen statt.** Die Veranstaltung ist angemeldet vom DGB Nord-Ost Niedersachsen in Kooperation mit dem Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus und wird von den im Netzwerk Südheide vertretenen Gruppen und Personen organisiert. **Start ist um 13.00 Uhr am Bahnhof Eschede / Nordseite.** Von dort geht es zur Kreuzung Am Dornbusch / Zum Finkenberg. Es gibt Redebeiträge, Musik, Mitmachaktionen und Kaffee und Kuchen.

**„Schluss mit den Nazitreffen!“ - „Gemeinsam gegen die Nazitreffen in Eschede vorgehen!“**



## Lindhorst & Wolfsangel

Die Einfahrt zum Anwesen des Unternehmers Jürgen Lindhorst in Winsen markiert ein Findling. Darauf zu sehen sind der Familienname in altdeutscher Schrift und eine Wolfsangel. Da der Stein direkt an der Straße zur Gedenkstätte Bergen-Belsen liegt, haben sich in den vergangenen Wochen Besucher\*innen beschwert. „Das riecht nach Blut und Boden“, zitiert die Peiner Allgemeinen Zeitung (PAZ) Jens-Christian Wagner, Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten. Er unterstellt dem Unternehmer ethisch instinktloses und geschichtungsvergessenes Handeln.

Da das Symbol der Wolfsangel sowohl von nationalsozialistischen Kräften benutzt wurde als auch offizielles Zeichen von Wehrmachtsverbänden war, ist es nach § 86a des Strafgesetzbuches verboten – aber nur, wenn es im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus oder verbotenen rechtsextremistischen Gruppierungen gezeigt wird. Ist die Wolfsangel auf Grenzsteinen, Vereinswappen und Stadtwappen usw. gibt es einen Bestandsschutz. Es müsste jeweils nachgewiesen werden, dass sich das Symbol auf einen rechtsextremen Hintergrund bezieht.

Lindhorst hat den Findling vor etwa drei Jahren an der Straße aufgestellt – und werde ihn trotz der Beschwerden auch nicht entfernen. „Dass das Naziregime sich dieses Symbol zu eigen gemacht hat, ist schlimm, aber für mich nicht relevant, weil ich für mich persönlich damit gar nichts verbindet“, zitiert ihn die HAZ.

Der Unternehmer hatte im vergangenen Jahr damit Aufsehen erregt, als er den AfD-Scharfmacher Bernd Höcke zu einem privaten Diskussionsabend nach Winsen eingeladen hatte. Gemeinsam mit Höckes AfD-Landesverband Thüringen wollte Jürgen Lindhorst im vergangenen Jahr ein gemeinsames Unternehmen gründen, berichtete Anfang Mai die Thüringer Allgemeine. Für die Alternative Service GmbH waren zunächst zwei Gesellschafter vorgesehen: Die Alternative für Deutschland, Landesverband Thüringen, mit einem Geschäftsanteil von 25.000 Euro und Jürgen Lindhorst mit einem Geschäftsanteil von 24.000 Euro. „Die Geschäftsanteile sind in voller Höhe bar eingezahlt“, heißt es in einem Schreiben von Höckes langjährigem Büroleiter Gerhard Siebold an das Amtsgericht Jena, dem Sitz des Zentralen Handelsregisters. Kurz darauf aber verabschiedeten sich Siebold und Lindhorst von der Geschäftsidee. Aber klar: Lindhorst verbindet nichts mit Rechtsextremismus.



## Aber sie wollen doch nur spielen ...

Die älteren unserer Leser\*innen werden sich erinnern an einen Bundestagspräsidenten namens Philipp Jenninger. Und auch daran, dass er nach seiner Gedenkrede zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht nicht mehr lange im Amt blieb. Scheinbar affirmativ hatte er sich dem Verbrechen aus Sicht der Deutschen genähert – viele meinten, er würde sich die Denkfiguren der Nazis zu eigen machen. War aber gar nicht so; Jenninger war einfach nur ein sauschlechter Vortragender.

Im Folgenden geht es nicht um eine Rede, sondern um einen Text – erschienen in der „Celler Chronik 26“. Das ist eine seit rund 30 Jahren erscheinende Publikation mit Aufsätzen zur Geschichte und Geographie der Stadt und des Landkreises Celle, herausgegeben vom Museumsverein Celle. Der Verein ist – mit derzeit rund 700 Mitgliedern – einer der vier Gesellschafter der Gesellschaft zur Unterhaltung des Bomann-Museums.

Der Text, um den es geht, hat den Titel „Die Gebietsspielschar Celle“; Verfasser ist Dr. Karl-Heinz Mader – ehemals Vorsitzender des Museumsvereins.

Der zehnteilige Aufsatz beschäftigt sich mit einer Celler Einheit der Hitlerjugend, deren Aktivitäten u.a. bestanden in Chorgesang, Volkstanz und Laientheater. Ganz interessant, weil mit dem sogenannten „*Kriegstagebuch der Gebietsspielschar Celle*“ eine authentische Quelle vorliegt. Aber auch nicht so interessant, weil sie 2007 schon einmal ausführlich von Adolf Meyer für den „Heimatkalender“ vorgestellt und ausgewertet wurde.

Interessant wiederum, weil Karl-Heinz Mader – fast nebenbei – eine kleine Widerstands-Legende demontiert. Nämlich die, dass der Scharführer Fritz Schmidt bei einem Konzert 1941 das Luther-Lied „Ein feste Burg“ in das Programm mit aufgenommen habe und dies wiederum unter den anwesenden NS-Oberern einen Skandal ausgelöst und für die Absetzung Schmidts gesorgt habe. Mader gelingt es zu zeigen, dass es sich wohl nur um eine entlastende Nachkriegs-Legende handelt, denn: Schmidt wurde wenig später zum Oberscharführer befördert und gab sein Amt erst ein Jahr danach freiwillig auf.

Es hätte also ein schöner kleiner Text zum Beispiel für den *Sachsenspiegel* werden können. Leider ist es etwas ganz Anderes geworden. Nämlich eine nicht enden wollende Affirmation der anscheinend doch großartigen Arbeit der Gebietsspielschar. Bei Mader reiht sich „*Dank*“ des „*Leistungsniveaus*“ zwischen 1941 und 1945 ein „*Höhepunkt*“ an den anderen, während nicht nur in Auschwitz der Massenmord vollzogen wurde. Es ist wirklich so absurd. Wäre der Nationalsozialismus nicht 1945 besiegt worden und gäbe es den *Celler Beobachter* noch – der Schriftleiter könnte gegen Maders Text kaum einen Einwand vorbringen. Ein kleines Beispiel:



HJ-Aufmarsch in Celle 1938 - StA Celle

„*Unter den über 40 Auftritten, Einsätzen und Appellen der Spielschar des Jahres 1944 stechen zwei Ereignisse besonders heraus. Die „Cellesche Zeitung“ schrieb am 19. Mai 1944 mit „Sängerkrieg im Ernestinum“ über den Vorentscheid am 10. Mai zum musischen Wettbewerb für die Teilnahme am Gauentscheid in Lüneburg. In den Sparten „Gesang“ und „Instrumental“ stellten sich Angehörige aller Banne des Gauess Osthannover den Juroren [...]. Unter den „Prüflingen“ waren natürlich auch Mitglieder der Gebietsspielschar. Die Freude war groß, als Gefolgschaftsführer Roß das Ergebnis des aufregenden Tages bekannt gab: Zwölf von 14 Celler Prüflingen wurden zum Gauentscheid in Lüneburg zugelassen.“*

Das kann dabei herauskommen, wenn die alten Herren auf historischem Feld dilettieren. Aber sollten sie nicht schon – auch zum Selbstschutz – daran gehindert werden, derartigen Quark zwischen zwei Buchdeckel zu bringen? Auch wenn sie mal Vorsitzende des Museumsvereins waren. Eigentlich hat sich die *Celler Chronik* in den vergangenen Jahren durch viele gute Aufsätze zu einer erstzunehmenden Publikation gemausert. Aber wir sehen jetzt dummerweise, wie schnell es damit wieder vorbei sein kann.



## Kino 8 1/2 im Juni

jeweils Freitag  
und Samstag  
um 20.30 Uhr

**Do., 06. Juni, 19.30**

### Die Kinder der Utopie

Anschließend Gespräch und Diskussion mit Anika von Bose, der Vorsitzenden des Arbeitskreis Inklusion des Kreisratens Celle. - Eintritt: frei

Deutschland 2019, Kinostart: 15. Mai 2019, 82 Minuten

**07. und 08. Juni / 12. Juni, 19.30**

### Atlas

Der Maler Julian Schnabel hat einen Film über den Maler Vincent van Gogh gemacht, der weitab von den Konventionen herkömmlicher Künstlerbiografien tief in die Persönlichkeit van Goghs eintaucht, um die fieberhafte Entstehung von dessen Bildern und die Andersartigkeit seines Wesens als Künstler auszuloten.

Schweiz 2018, Kinostart: 18. April 2019, 111 Minuten

**Do., 13. Juni, 19.30**

### PUSH – Für das Grundrecht auf Wohnen

In vielen Großstädten der Welt können sich nicht nur Geringverdiener, sondern zunehmend auch Mittelschicht-Angehörige keine adäquate Mietwohnung oder gar ein Eigenheim mehr leisten. Der Dokumentarfilm des Schweden Fredrik Gertten (Bikes vs Cars) vertieft sich in dieses globale Phänomen, das von vielen bereits als eine der größten Herausforderungen unserer Zeit betrachtet wird.

Schweden 2019, Kinostart: 18. April 2019, 92 Minuten

**14. und 15. Juni / Mi. 19. Juni, 19.30**

### Stan & Ollie

Im Jahr 1953 ist der Ruhm des US-Komiker-Duos Stan Laurel & Oliver Hardy verblasst, als sich die gealterten Entertainer noch einmal zu einer Theatertour durch England, Schottland und Irland aufmachen. Ihre letzte Tournee steht jedoch unter einem schlechten Stern, da die beiden vor halbleeren Sälen auftreten, Hardy gesundheitlich angeschlagen ist und alte Konflikte wieder aufbrechen. Die an den historischen Tatsachen orientierte Filmbiografie erstaunt mit zwei phänomenalen Darstellern und verblüffenden Nachinszenierungen originaler Filmszenen und Sketche.

GB 2018, Kinostart: 09.05.2019, 99 Minuten

**Do., 20. Juni, 19.30**

### Free Solo

Dokumentarfilm über die Besteigung der El-Capitan-Steilwand im Yosemite National Park in Kalifornien durch den 33-jährigen Extremkletterer Alex Honnold. (Oscar 2019)

USA 2018, Kinostart: 21. März 2019, 100 Minuten

**21. und 22. Juni / 26. Juni, 19.30**

### Das Ende der Wahrheit

Der Tod seiner Freundin bei einem angeblichen Terroranschlag auf ein Café bringt einen BND-Mitarbeiter auf die Spur dubioser Machenschaften, in die auch sein eigener Dienstgeber verwickelt ist. Der komplexe Politthriller entwirft eine schwer durchschaubare Gemengelage aus ökonomischen Interessen, geopolitischen Strategien, Machtkalkül und Korruptierbarkeit als Spiegel der dissonanten Gegenwart, wählt fürs Finale aber eine versöhnlich-kleinbürgerliche Variante, in der die private Rache als Druckmittel für eine besserer Welt dient.

Deutschland 2019, Kinostart: 09. Mai 2019, 105 Minuten

**25. Juni, 19.15**

### Die rote Linie – Vom Widerstand im Hambacher Fort

Dokumentarische Langzeitbeobachtung über die Proteste gegen den Braunkohletagebau und das Energieunternehmen RWE, die sich ab 2015 besonders an der geplanten Rodung des rund 500 Hektar großen Hambacher Forstes im Rheinland entzündeten. Der aktivistische Film stellt Bürger vor, die sich aus unterschiedlichen Gründen an der Protestbewegung beteiligen, und zeigt ihren scheinbar mühelosen Schulterschluss in der gemeinsamen Aktion auf. Dabei ergrift er klar Partei gegen eine verfehlte Klimapolitik.

Eintritt: frei

Deutschland 2019, Kinostart: 23. Mai 2019, 115 Minuten

**28. und 29. Juni / 03. Juni, 19.30**

### All My Loving

Drei Geschwister am Wendepunkt: Das in Episoden erzählte Drama über Lebenskrisen und Rollenverteilung ist glänzend gespielt und mit gutem Blick für das Komische im Tragischen inszeniert.

Deutschland 2019, Kinostart: 23. Mai 2019, 116 Minuten

### Sommerpause

**vom 4. Juli bis zum 16. August**

**Mehr unter**

**[www.kino-achteinhalf.de/](http://www.kino-achteinhalf.de/)**

# Politik, Vorträge & Theater

Mi., 5. Juni, 19.00

## **Energiesparen und Nutzung regenerativer Energien bei Bau und Sanierung**

**Vortrag und Diskussion mit Dr. Michael Huber**

Eine Veranstaltung in Kooperation mit LIST

vhs celle, Trift 17, R 3 – gebührenfrei

Di. - So., 11. - 16. Juni

## **Ökologische Woche im Bunten Haus** – Angebote und Termine auf der Seite: [www.bunteshaus.de](http://www.bunteshaus.de)

Di., 11. Juni, 18.15

## **Frauen im Bauhaus - Geniale Künstlerinnen oder doch nur vergessene "Weberinnen"?**

Mechthild Hönig, Kunsthistorikerin

vhs celle, Trift 20, 10,00

Mi., 12. Juni, 17.00

## **Monatstreffen LIST**

Buntes Haus

Fr., 14. Juni, 15.00

## **Gewerkschaftliches Sommerfest** mit Kaffee & Kuchen, Grillangebote, Musik & open mic

Hinterhof Trift 16 – Zugang von der Schwicheltstraße

Sa., 15. Juni, 10.00 – 14.00

## **Bücherflohmarkt**

Stadtbibliothek

Do., 20. Juni, 20.00

## **Katt Both – eine Bauhausschülerin im Atelier von Otto Haesler**

**Vortrag mit Dr. Ute Maasberg, Architektenkammer Niedersachsen**

Paul-Klee-Schule, Wittestr. 14

Sa., 22. Juni, 13.00

## **Demo in Eschede:**

**Schluss mit den Nazitreffen!**

Start: Bahnhof Nordseite

Mo., 24. Juni, 19.00

## **Buchvorstellung: Johannes Böhme - Das Unglück schreitet schnell**

Grußwort von Landrat Klaus Wiswe, Einführung von Oskar Ansell

Eine Verant. der RWLE Möller Stiftung

Kreistagssaal, Trift 26, Eintritt frei

Do., 27. Juni, 8.30 – 14.00

## **2. Celler Jugendkonferenz - Eure Stimme für Celle**

CD Kaserne

Do., 27. Juni, 17.00

## **Sitzung des Rates der Stadt Celle**

Alte Exerzierhalle

Do., 27. Juni, 19.00

## **Oskar Ansell liest & erzählt aus Heimat, schöne Fremde:**

**Salomon Philipp Gans & Karl Goecke - Ein Jurist und ein Literaturwissenschaftler**

Synagoge, Im Kreise

Veranstalter: Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Celle e.V. und Stadtkirche Celle

Do., 27. Juni, 19.30

## **Guter Hirte – Braune Wölfe / Lesung mit Wilfried Manneke**

Stadtbibliothek, Eintritt frei

Fr., 28. Juni, 18.00

## **Critical Mass**

Start: Neumarkt, ehem. Rio's

Di., 2. Juli, 17.00

## **ADFC-Feierabend-Tour**

Kurze Schleife im Nordosten (ca. 20 km) -Treffpunkt: Franz. Garten am Teich, Leitung: Ulrike Eggers

Do., 4. Juli, 19.00

## **Ausstellungseröffnung: Suche nach Herkunft: NS-Raubkunst im Bomann-Museum?!**

Bomann-Museum

Die Ausstellung vermittelt einen Überblick über wichtige Ergebnisse aus drei Jahren Forschungsarbeit. Sie beleuchtet sowohl die Zugänge aus lokalem jüdischem Besitz nach 1933 als auch Erwerbungen aus dem Kunsthandel. Darunter konnten bisher mehrere Objekte identifiziert werden, die infolge des systematischen NS-Kunstraubs in Europa enteignet wurden, unter anderem in den Niederlanden und Frankreich. Zwei 1943 erworbene Gemälde gehörten zuvor zur Sammlung des Hitler-Fotografen Heinrich Hoffmann. Diese und weitere Fälle sowie die spannenden Recherchewege können in der Ausstellung nachvollzogen werden.

Die Ausstellung läuft bis zum 29. März 2020

Fr., 26. Juli, 18.00

## **Critical Mass**

Start: Neumarkt, ehem. Rio's

So., 4. August, 13.00

## **Bauhaus in Gestaltung Farbe Konstruktion**

Ausstellungseröffnung des BBK Celle zusammen mit dem BBK Uelzen in der Gotischen Halle des Schlosses

Mi., 7. August, 17.00

## **ADFC-Feierabend-Tour ...**

nach Oldau (ca. 20 km) -Treffpunkt: Franz. Garten am Teich, Leitung: Horst Stehr

So., 18. August, 15.00

## **Jubiläumsfest (95 Jahre) der NATURFREUNDE Celle**

Naturfreundehaus Celle

# Konzerte & Partys

Fr., 07. Juni, 20.00

## Vordemfall

MS Loretta, ??

Sa., 08. Juni, 21.00

## Glitz'n 'Glam - Die 70s-Party mit DJ Heiko (a.k.a. Dundee) & Raymond S.

CD Kaserne, 7,00

Mo., 10. Juni, 20.00

## b3 feat. Ron Spielman

Ron Spielman (g, voc), Andreas Hommelsheim (B3, keys), Gérard Batrya (b), Lutz Halfter (dr)

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 14. Juni, 20.00

## Noam Bar

MS Loretta, ??

Fr., 14. Juni, 20.00

## Robby Ballhouse

Antikhof Bröckel, Eintritt frei

So., 16. Juni, 15.30

## Andors Jazz Band

Schloss-Innenhof, VVK 25,00

So., 16. Juni, 17.00

## Uli Wissmann Trio ... jazzt auf dem Land

Zur Heideblüte, Ovelgönne, Eintr. frei

Fr., 21. Juni, 19.00

## Jazz-Session

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Sa., 22. Juni, 18.00

## Streetparade Celle u.a. mit Jugend Big Band der NJIC "Tonspur"

Altstadt

Sa., 22. Juni, 21.00

## Mad Man's Blues Band

Morlock, Eintritt frei

Fr., 28. Juni, 20.00

## Open Stage

CRI – Gelände der CD-Kaserne

Sa., 29. Juni, 20.00

## Element 562 & Ambitious Blue

Celle Was geht?, Eintritt frei

Sa., 29. Juni, 20.00

## The Loranes

MS Loretta, ??

Sa., 06. Juli, 20.00

## Uli Wissmann Trio ... jazzt auf dem Land

Kaffeegarten Sülze, Eintritt frei

Fr. & Sa., 19./20. Juli

## Südwinen Festival

u.a. mit Berlin Boom Orchestra, Prada Meinhoff, Django S, Black Magic Six, Steve Baker & Band, Bror Gunnar Jansson, SpVgg Linden Nord, Wonach Wir Suchen, Order 69, Toxic Vapors, Braunschweig Pension, Kwirl, Tom Kirk, 5Raumfenster, Sorb, Burnin' Blankets, Pure Tonic, Joseph Maria Antonio, The Pats, Kidnapped Earworm, Make it Major, Die eingetragene Jam Partnerschaft, Fanfarenzug Niedersachsen

Südwinen

Umsonst & Draußen

Fr., 26. Juli, 20.00

## Open Stage

CRI – Gelände der CD-Kaserne

Sa., 27. Juli, 20.00

## Jim Brown „The King“ und Band

Kaffeegarten Sülze

Fr., 02. August, 20.00

## Melanie Mau & Martin Schella

Antikhof Bröckel, Eintritt frei

Sa., 10. August, 19.00

## Bockpalast

Bockelskamp – Umsonst & Draußen

Sa., 17. August, 17.00

## Uli Wissmann Trio ... jazzt auf dem Land

Kulturcafe Scharnhorst, Eintritt frei

Sa., 17. August, 20.00

## Hanz Marathon

Antikhof Bröckel, Eintritt frei

Sa., 24. August, 20.00

## Ukeboxx

Morlock, Eintritt frei

Sa., 24. August, 20.00

## Mtp Music

Celle was geht, Eintritt frei

So., 25. August, 16.00

## Jugend Big Band "Tonspur"

Schlossinnenhof, 15,--/10,--

So., 25. August, 17.00

## The Rockhouse Brothers

Landgasthof Wildwasser, Wolthausen. VVK 25,00

Fr., 30. August, 19.00

## Jazz-Session

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Fr., 30. August, 20.00

## Open Stage

CRI – Gelände der CD-Kaserne



Nicht vergessen: 12. Juli, 16 Uhr